

NUR EINE QUELLE ...



S:I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. DocumentatiON.

VWI Events Nr. 1

Herausgeber: Éva Kovács/Béla Rásky

Übersetzung: Béla Rásky

Lektorat: Jana Starek

Grafik: Hans Ljung

S:I.M.O.N ist das unregelmäßig in englischer oder deutscher Sprache erscheinende E-Journal des
Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien (VWI)

Inhaltsverzeichnis

<i>Éva Kovács/Béla Rásky</i> Editorial	202	▷
<i>Dieter Pohl</i> Einleitung	203	▷
<i>Ferenc Laczó</i> Über Konsequenzen und deren Vorwegnahmen	206	▷
<i>András Szécsényi</i> Lebensrettendes Linoleum	210	▷
<i>László Csősz/Regina Fritz</i> Ein Protokoll	215	▷
<i>Istvan Pal Adam</i> Das verletzte Selbstwertgefühl des Herrn Professor	219	▷
<i>Kinga Frojimovics</i> Eine Akkreditierung. Der Rechtsberater des ungarischen Konsulats in Wien, 1938–1945	225	▷
<i>Zsolt K. Horváth</i> Zum Foto eines Arbeitsdienstlers	230	▷
<i>Rita Horváth</i> Ein Protokoll	235	▷
<i>Éva Kovács</i> Andor Bácsis Zwirnspeule	240	▷
Fußnoten	242	▷

Nur eine Quelle ... Im Gedenken an den ungarischen Holocaust



Editorial

Seit dem Jahr 2001 ist der 16. April der offizielle ungarische Holocaust-Gedenktag. An diesem Tag begannen die staatlichen Behörden 1944 die schon lange zuvor enteignete jüdische Bevölkerung Ungarns in Ghettos zu sperren. Die Aktion wurde in wenigen Wochen durchgeführt. In nicht ganz vier Monaten wurden so in mehr als 170 Ghettos oder Sammellagern 437.000 jüdische Bürger zusammengepfercht, die Mehrheit zwischen dem 15. Mai und dem 9. Juli 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert: 400.000 sollten von dort nie mehr zurückkehren. Im Sommer 1944 befanden sich nur mehr die Budapester Juden und jene im Arbeitsdienst in Ungarn. Die vorübergehend ausgesetzten Deportationen wurden nach dem 15. Oktober, nach der Machtübernahme der Pfeilkreuzler wieder aufgenommen: Im November und Dezember trieben ungarische und deutsche bewaffnete Einheiten 50.000 Zwangsarbeiter in Todesmärschen in das heutige Österreich. Die in Budapest verbliebenen Juden wurden in ein Ghetto gesperrt, im Winter 1944/45 Tausende von Pfeilkreuzlern ermordet. Die Überlebenden des Ghettos wurden im Jänner 1945, die Überlebenden der KZs erst im Mai 1945 von den Alliierten befreit.

Das Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI) gedachte am 70. Jahrestag im Rahmen der Veranstaltung *Nur eine Quelle ...* dieser Tragödie. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen erinnerten mittels einer einzigen, für ihre Forschung wesentlichen, aussagekräftigen, signifikanten oder eben einzigartigen Quelle an die Leiden der Opfer: Im Fokus standen dabei eine Textpassage, ein Interviewausschnitt, ein Auszug aus einem Protokoll, ein Foto oder ein Film, ein Objekt. Die Vortragenden stellten diese Quellen mithilfe ihrer fach geeigneten Methoden vor. Sie analysierten und besprachen ihre Herkunft sowie ihre Entstehung, wie und warum sie bis heute erhalten geblieben sind, was sie uns heute noch erzählen können. Wie entschlüsselt sie die Forschung heute und wie kann man sie in das Gesamtbild und -erzählung der ungarischen Shoah integrieren? Welche neuen Gesichtspunkte kann eine einzige Quelle aufwerfen?

Die Intervention im Wiener *Semperdepot* fand mit einer kleinen Ad-hoc-Ausstellung der präsentierten Quellen und einer zweisprachigen Lesung aus Béla Zsolts *Neun Koffer* im Gedenken an die Opfer ihren Abschluss.

Vorliegende Broschüre enthält die Textfassung dieser Vorträge: Die Beiträge der mehrheitlich auf Ungarisch gehaltenen Referate wurden ins Deutsche übersetzt, die Beiträge von Dieter Pohl bzw. László Csósz und Regina Fritz folgen den deutschen Manuskripten. Die Originaltexte und die Videomitschnitte der Vorträge sind in der Zeitschrift *Beszélő*¹ bzw. auf dem [YouTube-Kanal des VWI](#)² zugänglich.

Éva Kovács/Béla Rásky

Béla Rásky, Historiker, Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI)
bela.rasky@vwi.ac.at

Éva Kovács, Soziologin, Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI)
eva.kovacs@vwi.ac.at



Dieter Pohl

Einleitung

Der Anlass der heutigen Veranstaltung ist der 70. Gedenktag des Holocaust in Ungarn, der an den Beginn der Einrichtung von Ghettos in Ungarn am 16. April 1944 erinnert. Was sich danach abspielte, kann man eine der größten Tragödien des Zweiten Weltkrieges nennen, sicher auch die größte Katastrophe der ungarischen Geschichte. Vier Wochen später, am 15. Mai 1944 begannen die systematischen Deportationen aus Ungarn ins Vernichtungslager Auschwitz. Etwa achtzig Prozent der 437.000 Deportierten wurden sofort nach der Ankunft in Giftgas erstickt, die meisten übrigen starben in Auschwitz oder in einem anderen Lager. Zwar wurden die Deportationen im Juli gestoppt, von November an trieb man jedoch über 50.000 Juden zu Fuß an die österreichische Grenze. Im Süden und Osten Österreichs mussten sie Befestigungen gegen die *Rote Armee* bauen, auch hier wurden Tausende umgebracht. Und in Budapest selbst wütete der Terror der rechtsextremistischen Pfeilkreuzler, die etwa 9.000 jüdische Einwohner ermordeten. In weniger als einem Jahr starben so etwa 500.000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder.

Man hat vom „letzten Kapitel des Holocaust“ gesprochen, vom „Holocaust nach dem Holocaust“. Tatsächlich war die überwiegende Mehrzahl der Juden unter deutscher Herrschaft bereits bis Sommer 1943 ermordet worden. In Polen, im Baltikum, in den besetzten sowjetischen Gebieten lebten jeweils nur mehr einige Zehntausende Zwangsarbeiter und jene, die im Versteck ausharrten. Wie kam es dazu, dass noch ein Jahr später, so spät im Krieg ein derart katastrophales Verbrechen geschehen konnte?

Ungarn hatte sich in Hitlers Europa eine vergleichsweise unabhängige Stellung bewahren können, es trat erst im Sommer 1941 in den Krieg ein. Dennoch hat sich das autoritäre Ungarn Stück für Stück auf Hitler zubewegt. Es war weniger die Sympathie für den Nationalsozialismus als vielmehr die Tatsache, das Hitler den Ungarn das gab, was sie sich am meisten wünschten: die Annexion von Gebieten, die Ungarn beim verheerenden Frieden von Trianon 1920 verloren hatte. 1938 bekam Ungarn ein Stück von der Slowakei, 1940 einen großen Teil Siebenbürgens und 1941 die Batschka im Norden Serbiens. Dafür trat das Land Hitlers Bündnissystem bei und beteiligte sich schließlich – mit einer Woche Verspätung – am Krieg gegen die Sowjetunion.

Doch auch im Innern kam die ungarische Regierung dem nationalsozialistischen Deutschland entgegen. Wie auch Rumänien und Italien, so erließ Ungarn 1938 anti-jüdische Gesetze. Dabei spielte nicht nur das deutsche Vorbild eine Rolle, sondern



auch eine starke Tradition des ungarischen Antisemitismus, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichte. Und schließlich wollte man den Rechtsextremen in Ungarn, den starken Pfeilkreuzlern, das Wasser abgraben, indem man einen Teil ihrer Forderungen übernahm.

Die Juden Ungarns reagierten mit Entsetzen. In der Zwischenkriegszeit lebten etwa 450.000 Juden in Ungarn, davon über 200.000 in Budapest. Vielen von ihnen war seit dem 19. Jahrhundert der Aufstieg ins Bürgertum gelungen, sie waren wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich. Jedoch hatte der ungarische Staat seit 1920 eine auffällige antijüdische Note angenommen. Im Fahrwasser Hitlers beschleunigte sich diese Komponente noch.

Besonders einschneidend war das Jahr 1939. Während rechte Parteien bereits zwei Drittel aller Wählerstimmen auf sich vereinigten, führte das zweite antijüdische Gesetz zu massiven Diskriminierungen von Juden in Staat und Wirtschaft. Durch die Annexionen stieg die Zahl der Juden in Ungarn bis 1941 auf 725.000, die Antisemiten rechneten jedoch auch Konvertiten mit und kamen auf über 800.000 Personen, die sie den Juden zurechneten.

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, der ja bald auch von Ungarn militärisch unterstützt wurde, brachte den Übergang der nationalsozialistischen Judenverfolgung zum systematischen Massenmord, zunächst in der Sowjetunion, dann auch in anderen besetzten Ländern. Schon damals bemühten sich ungarische Stellen, Juden aus den von ihnen annektierten Gebieten in deutsche Besatzungszonen abzuschieben. 20.000 Juden aus Groß-Ungarn wurden nach Galizien und weiter östlich deportiert und dort im Herbst 1941 von deutscher Polizei ermordet. Auch ungarische Einheiten verübten in Einzelfällen solche Massaker, so im ukrainischen Uman oder in Novi Sad in der Batschka. Dennoch beteiligte sich die ungarische Regierung nicht voll am deutschen Vernichtungsfeldzug gegen die Juden, im Gegensatz zur rumänischen Regierung, die 1941/42 ihre eigene Vernichtungspolitik betrieb.

Vielmehr konzentrierte sich die ungarische Politik weitgehend auf die Enteignung der Juden; jüdische Männer im wehrfähigen Alter mussten Zwangsarbeit für die ungarische Armee leisten, mit dieser sogar in den Krieg gegen die Sowjetunion ziehen, wo viele umkamen. Während jedoch in Europa ein Land nach dem anderen in die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“ einbezogen wurde, waren die Juden in Groß-Ungarn relativ sicher vor Ermordung. Hitler verlangte vom ungarischen Reichsverweser Miklós Horthy mehrfach die Auslieferung der Juden, was dieser jedoch ablehnte. Dabei spielte nicht zuletzt eine Rolle, dass sich das deutsche Kriegsglück Anfang 1943 wendete und Horthy langsam Fühler nach Westen ausstreckte, sicher auch, dass Ungarns Erzrivale Rumänien sich so intensiv an den Massenmorden beteiligte.

Das alles änderte sich im März 1944. Hitler entschied kurzfristig in Ungarn einzumarschieren, da die *Rote Armee* damit begann, ihre Offensive an die Westgrenze der Ukraine zu führen, und die Ungarn aus deutscher Sicht als unsichere Kantonisten galten. Am 19. März besetzte die Wehrmacht Ungarn kampflos, die Regierung wurde ausgewechselt, Reichsverweser Horthy blieb jedoch. Besonders bedeutsam war die Neubesetzung des Innenministeriums, der regionalen Verwaltungen und der Gendarmerie, alles Schlüsselpositionen für die Deportation.

Adolf Eichmann kam mit nur 150 Mitarbeitern nach Budapest, um die Deportationen vorzubereiten. Ohne die Zusammenarbeit mit den ungarischen Stellen wäre ihm das nie gelungen. In den Provinzen wurden nun in Windeseile Ghettos eingerichtet, die Juden unter brutalen Begleitumständen dort hineingepfercht. Am 15. Mai begannen die großen Deportationen nach Auschwitz, zunächst in den annektierten Gebieten, dann in der Provinz. Als schließlich die jüdische Gemeinde in Budapest an



der Reihe war, stoppte Horthy die Deportationen Anfang Juli. Inzwischen waren die Alliierten in der Normandie gelandet und Diplomaten wie auch Kirchenführer intervenierten massiv zugunsten der Juden.

Doch damit war das Leiden noch nicht beendet. Hitler unterstützte nun einen Putsch der rechtsextremen Pfeilkreuzler, die am 15. Oktober die Macht übernahmen und alsbald ein Ghetto in Budapest einrichteten. Nun folgten die Märsche nach Österreich und der Terror in Budapest. Im Januar und Februar 1945 befreite die *Rote Armee* alle Verfolgten in Budapest, bis April auch Westungarn.

Dass überhaupt ein Teil der Juden in Ungarn überlebte, war nicht nur der *Roten Armee* und nicht nur Horthy zu verdanken, der damit einem Waffenstillstand den Weg ebnen wollte. Es war auch ein Ergebnis der Untergrundtätigkeit vieler jüdischer Gruppen, aber ebenso der humanitären Interventionen, etwa von ausländischen Diplomaten.

Der Mord an den Juden in Groß-Ungarn war zweifellos eines der letzten großen Verbrechen Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, aber er war in diesen Dimensionen nur möglich dank der aktiven Mithilfe vieler ungarischer Stellen. Manche Historiker und Historikerinnen meinen sogar, dass das ungarische Innenministerium darauf drängte, mehr Juden zu deportieren, als die Deutschen es planten. Leider werden heutzutage diese Verantwortungen in der Geschichtspolitik des offiziellen Ungarn vielfach verwischt, die eine einheimische Schuld oft nur den Pfeilkreuzlern zuschieben will. Dies ist kein ermutigendes Zeichen sieben Jahrzehnte nach den Ereignissen. Dennoch bleibt es die Aufgabe der Geschichtswissenschaft, die Verantwortlichkeiten klar herauszuarbeiten, wenn man nach dem Warum fragt. Mindestens ebenso wichtig ist es aber, das Schicksal der Opfer, ihre Odysseen, ihre Erfahrungen und Reaktionen zu rekonstruieren.

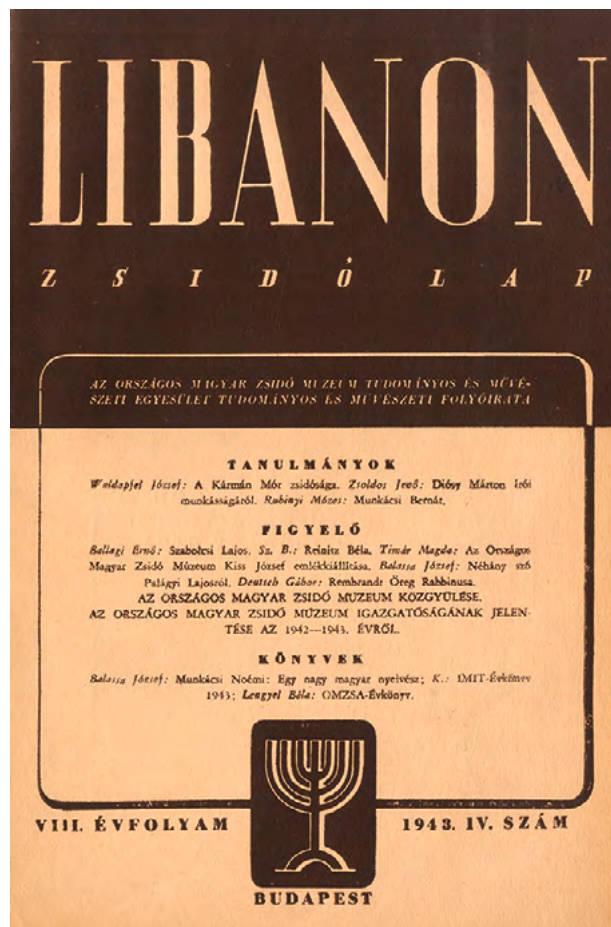
Dieter Pohl, Historiker, Universität Klagenfurt/Celovec
dieter.pohl@uni-klu.ac.at



Ferenc Laczó

Über Konsequenzen und deren Vorwegnahmen

Ende 1943 verfolgten zahlreiche ungarische Jüdinnen und Juden verständnislos und immer verzweifelter das Weltgeschehen: Allein was ihr eigenes Schicksal betraf, blickten sie voller Optimismus dem nahen Ende des Krieges entgegen. Am Anfang der allerletzten Phase des Zweiten Weltkriegs mag es vielleicht auch angebracht gewesen sein, zu denken, Ungarn könne einem Gewaltexzess, der sogar jenen des Ersten Weltkrieges übertreffen sollte, entkommen. Es war nicht auszuschließen, dass es dem Land (als eine Ausnahme in Ostmitteleuropa) gelingen könnte, an der Peripherie des globalen Konflikts zu verharren und nicht zum zentralen Schauplatz der kriegerischen Konfrontation zwischen Nationalsozialismus und Sowjetregime sowie des Völkermordes zu werden. Die ungarische politische Elite hoffte, dass die Unversehrtheit des Landes erhalten und eine sowjetische Besetzung vermieden werden könne – zudem hoffte sie, die territorialen Zugewinne der vergangenen Jahre im Norden, Osten und Süden des Landes bewahren zu können. Die ungarischen Jüdinnen und Juden wiederum hatten gegenüber den politischen und kriegerischen Ambitionen Ungarns durchaus ambivalente Gefühle, bedeutete doch der unverhüllte, staatliche Antisemitismus für sie Diskriminierung und eine alltägliche Bedrohung. Was blieb, war ein relativer – sich bald als trügerisch erweisender – Hoffnungsschimmer, vielleicht doch überleben zu können. Auf den ersten Blick könnte man sogar meinen, dass die ungarischen Jüdinnen und Juden sich äußerst unsensibel verhielten, als sie meinten laufend ihre nationale Zugehörigkeit, ihre patriotischen Verpflichtungen lauthals demonstrieren zu müssen – sogar als schon außerhalb der Grenzen Ungarns die Ermordung der Juden im Riesentempo voranschritt. Aber sie waren dazu eben wegen der unmittelbaren und der sich ausweitenden Bedrohung durch den Holocaust auch gezwungen. Vielleicht wäre es – anstelle einer vorschnellen moralischen Verurteilung ihrer vermeintlich inadäquaten Reaktionen – sinnvoller zu argumentieren, dass sie 1942/43 sich wiederholt als überzeugte Ungarinnen und Ungarn deklarierten, nicht weil sie das vorhandene Wissen über den Holocaust ignorierten, sondern eben weil sie sehr wohl Bescheid wussten. Eben in der Art und Weise wie dies auch unsere Quelle, der in der letzten Nummer der jüdischen Zeitschrift *Libanon* Ende 1943 erschienene Beitrag *Jahresbericht der Direktion des Jüdischen Landesmuse-*



QUELLE:

Az Országos Magyar Zsidó Múzeum Igazgatóságának jelentése az 1942-43. évről
[=Jahresbericht der Direktion des Jüdischen Landesmuseum 1942-43]. In: *Libanon. Zsidó Lap* [=Libanon. Jüdische Zeitung], Jg. 8, 1943/IV.

ums 1942/43, festhält: „Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen sind wir davon überzeugt, dass die Geschichte des ungarischen Judentums noch Jahrhunderte vor sich hat.“

Die ungarischen Jüdinnen und Juden waren traditionell über zahlreiche Wege mit den Mitgliedern der jüdischen Gemeinden in Deutschland, Österreich, Polen und in der Tschechoslowakei verbunden. Viele von ihnen wussten über die Vertreibung dieser Gemeinden nach 1933 bzw. 1938, wie auch über deren Vernichtung, über die systematische Ermordung ihrer Verwandten, Freundinnen und Freunde, Bekannten zwischen 1941 und 1943, auch wenn über die genauen Details der Umsetzung des Völkermordes nur wenige wirklich Bescheid wussten.

Aus der vorliegenden Quelle lässt sich zumindest eindeutig herauslesen, dass die beispiellosen Ereignisse um 1943 für die Elite der ungarischen Jüdinnen und Juden mit der klaren Erkenntnis einhergingen, eine neue Rolle und neue Aufgaben übernehmen zu müssen. Die in den ungarischen jüdischen Presseorganen der Zeit, einer Oase inmitten Ostmitteleuropas, publizierten Äußerungen lassen die Vermutung zu, dass sich einige jüdische Ungarinnen und Ungarn – auf eine tragisch angemessene Weise – als einzige und letzte Vertreter einer europäischen jüdischen Kultur erachteten und alles daran setzten, zur Bewahrung dieser, damals bereits zum Großteil ver-



nichteten Zivilisation aktiv beizutragen. Der Nationalsozialismus wollte ja nicht nur jüdische Menschen vernichten, sondern – wie dies Alan Confino in seinem neuen, die Kulturgeschichte des Nationalsozialismus analysierenden *Werk A World without Jews* ausführt – auch sämtliche Leistungen ihres kulturellen Schaffens auslöschen.

Unsere Quelle setzt – und dies ist sicherlich nicht nebensächlich – mit der Feststellung ein, dass „jedes jüdische Gemeinwesen, das sich seiner untrennbaren Verbindung mit allen Juden bewusst ist, nur seiner tiefen Trauer Ausdruck verleihen kann, wenn es in das vergangene Jahr zurückblickt. Hunderttausende unserer Schwestern und Brüder, das Judentum ganzer Länder kam in Europa in den vergangenen, gnadenlosen Kriegsjahren ums Leben.“ Die Beispiellosigkeit der laufenden Ereignisse wird gleich im allerersten Absatz klar angesprochen: Selbst die extremste historische Analogie, die Zerstörung des Tempels im Altertum könne nicht mit der aktuellen Katastrophe verglichen werden, wird uns mitgeteilt, seien doch im vergangenen Jahr „in viel größerer Zahl unbewaffnete Männer, schwache Frauen, unschuldige und ungeschützte Kinder und Alte dem grausamen rassistischen Krieg zum Opfer gefallen“.

Den expliziten Verweisen auf die Vernichtung des europäischen Judentums folgt die Sorge um die Zukunft kultureller Werte: „Wir beweinen nicht nur den Untergang unseres eigenen Fleisch und Bluts, sondern uns schmerzt auch die Vernichtung alter jüdischer Monumente und Kunstwerke.“ Der *Jahresbericht der Direktion des Jüdischen Landesmuseums 1942/43* versuchte dabei die Auslöschung von Partnereinrichtungen akribisch genau zu dokumentieren, zählte im Besonderen die brutale Verwüstung der Jüdischen musealen Einrichtungen von Wien, Breslau, Frankfurt, Hamburg, Köln, Mainz, Prag, Wilna und Warschau auf. Und selbst diese lange Liste konnte nur mit dem Hinweis abgeschlossen werden, dass eine vollzählige Darstellung der Zerstörungen ein unmögliches Unterfangen sei: „Wir brechen mit der Aufzählung ab. Die Verluste schmerzen, wurden doch die Sammlungen überall aufgelöst, und wir wissen nicht, wie viele der Werte erfolgreich nach Amerika oder nach Eretz Israel gerettet werden konnten.“

Der schmerzenden Aufzählung dieser Verluste folgt eine klare Beschreibung der nunmehr durch diese katastrophalen Entwicklungen erzwungenen neuen Rolle: „Da wir mit dem Verlust so vieler unserer kulturellen Erinnerungen rechnen müssen, fällt nun jenem Teil des europäischen Judentums, der von dem vernichtenden Sturm verschont geblieben ist, die Aufgabe zu, die erhaltenen historischen und künstlerischen Artefakte zu retten und zu bewahren. [...] Diese Aufgabe obliegt nun dem ungarischen Judentum.“ Im Bewusstsein dieser Verantwortung berichtete der Beitrag über Versuche, die musealen Werte der ungarischen jüdischen Sammlungen in Sicherheit zu bringen, die Zahl der Objekte zu vermehren, über Pläne, die Kultobjekte, Dokumente, Protokolle der „alten jüdischen Gemeinden“ aufzuspüren und zu retten, wie auch über die Absichten, die historischen Forschungen und denkmalschützerischen Tätigkeiten auszuweiten. Aber der Bericht 1943 hält auch fest, dass während „wir hier in Zukunftsplänen schwelgen, die Grundlagen unserer Existenz schwanken“.

Auf Basis einer einzigen Quelle kann vielleicht eine wichtige Besonderheit der in den Jahren des Zweiten Weltkriegs arg dezimierten und extrem marginalisierten, aber mancherorts bis 1944 erscheinenden ungarisch-jüdischen Editionen festgehalten werden: Diese Publikationen formulierten ganz offen den Anspruch, einerseits den Holocaust dokumentieren und andererseits die jüdische Kultur retten zu wollen. Die ungarisch-jüdischen Autorinnen und Autoren nahmen so bereits 1943 die kulturellen Prioritäten der Jahre nach dem Holocaust voraus.

Aber das sich anbahnende Kriegsende erwies sich letztlich doch als in allzu weiter Ferne. 1944 kam es als Resultat einer effizienten und einzigartigen Umsetzung der



bereits erprobten NS-Methodik in einem deutsch-ungarischen Zusammenwirken zur Deportation und Ermordung eines Großteils der letzten, mehrere Hunderttausende Menschen zählenden, größtenteils physisch noch unversehrten jüdischen Gemeinden des Kontinents. In der letzten Phase des Krieges wurden die jüdischen Ungarn und Ungarinnen zur größten Opfergruppe des Lagerkomplexes Auschwitz-Birkenau, des Symbols des Holocaust schlechthin. Die Besetzung des Landes durch das verbündete Deutschland führte zu extremen Formen der Kollaboration. Nach der deutschen Okkupation im März 1944 beteiligte sich der ungarische Staat aktiv an dem an seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern verübten Massenmord, während sich die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft als außerstande erwies, den Opfern eine effiziente Hilfe zu leisten.

Der in der modernen ungarischen Geschichte singuläre Massenmord ereignete sich just zu der Zeit, als breite Kreise über den Holocausts schon informiert waren und die Achsenmächte den von ihnen vom Zaun gebrochenen Weltkrieg faktisch bereits verloren hatten. Der vorliegende *Tätigkeitsbericht* belegt aber keineswegs die relative Freiheit, die in den Kriegsjahren in Ungarn geherrscht haben soll, sondern vielmehr den entsetzlichen Gang der nationalen Geschichte: Die Autoren des Berichts nahmen mit ihrem Wissen über die Shoah bereits im Jahr 1943 das letzte, das ungarische Kapitel des Holocaust vorweg.

Ferenc Laczó, Historiker, Imre-Kertész-Kolleg, Jena
laczofl@yahoo.com



András Szécsényi

Lebensrettendes Linoleum

Unsere Quelle, die sich seit dem Sommer 2014 in der Sammlung des *Budapester Holocaust-Gedenkzentrums (HDKE)* befindliche „Linoleumdruckerei“, gestattet uns mehrere Einblicke in zahlreiche Aspekte der Geschichte der Shoah. Die einzigartigen, zusammenhängenden Objekte und die dazugehörenden Fotos sowie Dokumente wurden von der Tochter des Benutzers, Zsuzsa Káldori dem Museum geschenkt.

Die von seinem Uhrmacher-Großvater vererbte Handfertigkeit, ein Quadratmeter Linoleum, eine große Portion Waghalsigkeit, viel Glück – und schon war alles gegeben, um einen Anfang zwanzig Jahre jungen Mann zu veranlassen, sich seinem Schicksal, der Demütigung und Auslöschung seiner Familie zu widersetzen. Der Menschenrettung ging ja in vielen Fällen die Selbstrettung voraus: Viele flüchteten aus den Kompanien des Arbeitsdienstes oder setzten sich von den Todesmärschen ab. Aus der nun folgenden Geschichte Endre Káldoris geht hervor, dass die vielen Fäden und Verstrickungen seiner Selbstrettung von den Hilfsaktivitäten und -handlungen jener Zivil- und Militärfamilien durchsetzt und durchwoben ist, die ihn – wenn es sich ergab – auf bevorstehende Gefahren aufmerksam machten, mutig handelten, oder, wenn es sein musste, einfach wegsahen oder schwiegen: Sie retteten ihn, damit er retten konnte. Solche Bemühungen blieben aber dennoch sehr isoliert, eine von unten getragene, weiter gefasste Zusammenarbeit zur Menschenrettung hat sich nie entfalten können. Um Verfolgte zu retten, kooperierten auf lokaler Ebene Familien, Freundeskreise oder gar *ad-hoc* entstandene Gruppen von Unbekannten aber doch – ganz besonders in Budapest. Im Fundus der Hilfeleistungsmöglichkeiten war der Besitz von gewissen, oft lebensrettenden Dokumenten von herausragender Bedeutung. Schon eines dieser Papiere war ein Beleg dafür, dass man ein von einem neutralen Staat oder einer internationalen Hilfsorganisation geschützt war, oder dass man – im Falle des Arbeitsdienstes – vom Dienst befreit oder wehruntauglich war. Dem Zugriff der Behörden konnte man sich natürlich auch auf andere Weise entziehen, entweder so, dass man untertauchte oder so, dass man sich eine falsche Identität zulegte.

Um die Motivationen zu ergründen, die Endre Káldori dazu bewegten, ein so gefährliches Unterfangen wie eine Fälschertätigkeit zu starten, lohnt es sich vielleicht, jene familiären Umstände einer näheren Betrachtung zu unterziehen, die die lebensrettenden Aktivitäten von Endre Káldori überhaupt erst auslösten. Geboren wurde er 1919, wuchs in einer Budapester Händlerfamilie auf. 14 Jahre alt, musste er seine

**QUELLE:**

Holokauszt Emlékközpont / Holocaust Memorial Centre, Budapest, 2013.56.2 - 2013.56.18

Schulausbildung abbrechen und wurde Lehrling im Betrieb seines Onkels, einer Reparaturwerkstätte für Schreibwerkzeuge, wo er auch die Lehre abschloss.

1941 heiratete er. Kaum war er stellungspflichtig, beschloss die ungarische Regierung, wehrpflichtige jüdische Männer nicht zur waffentragenden *Honvéd* zu rekrutieren, sondern sie zu einem, durchaus militärisch organisierten Arbeitsdienst einzuberufen: Diesen Dienst versah Káldori zuerst in Hódmezővásárhely, wurde in der Folge in das zum Teil wieder an Ungarn angeschlossene Siebenbürgen zum Bau der Eisenbahnlinie zwischen Déda (Deda) und Szeretfalva (Sărățel) abkommandiert. Der gerade einmal zwanzigjährige, optimistische, immer gutgelaunte junge Mann kam in dieselbe Kompanie wie vieler seiner alten Freunde, die er schon zum größten Teil aus jüdischen Pfadfindergruppen kannte. Die Burschen erlebten den Dienst ohne Waffe trotz der harten Arbeit als eine Zeit voller Abenteuer. Ausreichend versorgt, fanden sie auch immer Lust und Laune für Späße und Streiche.

Das Jahr 1944 verbrachte – sofern am Wochenende Ausgang erhielt – Endre Káldori bei seiner Frau in Budapest, reparierte die von ihr gesammelten kaputten Kugelschreiber und Schreibfedern, um seine Familie – im September 1943 wurde eine Tochter geboren – zu erhalten. Schließlich wurde seine Einheit – mit dem alten und neuen Freundeskreis – einem Rüstungsbetrieb an der Budapester Váci út zugeteilt, der militärische Ausrüstungen mit einem Korrosionsschutz versah. Auch wenn sich über ihren Köpfen Gewitterwolken zusammenzogen, so bildete sich auch hier eine fröhliche und lebensbejahende kleine Gruppe heraus. Die fidelen, quirligen, ausgelassenen jungen Burschen erwirkten sogar die Sympathien ihres Kommandanten, Károly Somogyi. Somogyi (der übrigens selbst Juden rettete, und für seine Taten von *Yad Vashem* die Auszeichnung als ein *Gerechter unter den Völkern* erhielt) behandelte sie respektvoll und korrekt: Nach der Machtergreifung der Pfeilkreuzler im Oktober 1944 ließ er die ganze Kompanie ohne großen Aufhebens einfach ziehen.

Endre Káldoris Kameraden aus dem Arbeitsdienst waren Abenteuerer, die nichts unversucht ließen, um zu entkommen und trachteten, ihr eigenes und das Leben ihrer Familienmitglieder mit allen Mitteln zu schützen. Als Mitglied einer solchen Gruppe, brachte Endre gebührenden Mut und die Tatkraft auf, um in seiner Woh-



nung eine kleine Fälscherwerkstatt einzurichten. Technisch bereitete ihm dieses Unterfangen auch keine Probleme. Der Grundstoff für die Stempel war der Linoleumboden, Muster und Vorlagen schnitt er mit Messern oder Rasierklingen aus. Er war auf alles vorbereitet, fabrizierte daher jede nur erdenkliche Form, stellte Stempel von Pfeilkreuzler-Abteilungen, Kompanien der *Honvéd* oder Ministerien her. Endre arbeitete ausschließlich allein, Kontakte zu anderen Dokumentenfälschern beschränkten sich auf gelegentliche Treffen, deren alleiniges Ziel die Abwicklung von Tauschgeschäften in Sachen Papier oder Stempel war.

Jene, die sich im Laufe des Jahres 1944 für ein Leben in der Illegalität, für ein Untertauchen entschieden hatten, mussten mit Papieren bestätigen können, dass sie keine Jüdinnen oder Juden oder – im Falle von Männern – dass sie keine Deserteure waren. Größte Gefahrenquelle waren Ausweiskontrollen auf offener Straße. Erschienen die Pfeilkreuzler oder Polizeieinheiten in einer Wohnung, hatte man keine Chance: Man musste sich also aus der eigenen abmelden, in einer anderen anmelden. Dies erwies sich vor allem für die Männer als eine schwierige Aufgabe, mussten sie doch für eine Neuansmeldung eine korrekt abgestempelte Abmeldung des zuständigen Polizeikommissariats vorlegen, die auch dem zuständigen Hausbesorger zu präsentieren war. Hier war eine Fälschung die beste Vorgangsweise, am einfachsten war das Umschreiben eines echten Meldescheins einer Frau. Da es zu dieser Zeit noch keine Personalausweise gab – Pässe wiederum hatten nur wenige Privilegierte – wurde der „Ariernachweis“ mithilfe eines Auszuges aus dem Geburtenregister erbracht. Für den Fall einer unerwarteten Kontrolle trugen viele dieses Dokument immer mit sich. Dokumentenfälscher mussten Familie und Vorfahren jeder einzelnen Person gewissermaßen „neu entwerfen“. Viele damalige Kinder erinnern sich heute noch, wie ihre Eltern ihren neuen „Stammbaum“ nächtelang studierten und memorierten – und sogar sie von Zeit zu Zeit mitten in der Nacht aufweckten, um die eingetrichterten neuen Namen und Geburtsdaten abzufragen. Optimal war es, wenn zumindest die Dokumente der Vorfahren echt waren. Die Fälscher benutzen häufig Stempel von Behörden in Siebenbürgen, konnte man doch die spätestens seit 1944 wegen des Frontverlaufs nicht mehr kontrollieren: „Ich ersuche die geschätzte Person, die diese Zeilen liest, den Stempel des Seelsorgebezirks von Maroscsúcs auf der Heiratsurkunde sieht, die Echtheit der hierorts geschlossenen Eheschließung geflissentlich zur Kenntnis zu nehmen“ – erinnert sich heute jemand an einen solchen Text zurück.

Für Männer im wehrfähigen Alter war es äußerst gefährlich, sich in aller Öffentlichkeit in Zivilkleidung zu zeigen, vor allem ab Sommer 1944, als die Einberufungen zum Arbeitsdienst massenweise erfolgten. Bei den Dokumenten der *Honvéd* waren in erster Linie das Soldbuch und die Untauglichkeitsbestätigungen wichtig. Das Soldbuch, womit man sich als einfacher Soldat ausweisen konnte, erwies sich dabei als sicherer, weil es keine absolute Garantie dafür gab, dass der Bescheid der Untauglichkeit auch akzeptiert wurde. Zum Kreis der notwendigen Dokumente gehörten noch die sogenannten inoffiziellen Schriftstücke, die im Alltag zur Verwendung kamen, und deren Besitz nur die Glaubwürdigkeit der vorgelegten Identität unterstrichen. Ein namentlich ausgestellter Pfandschein oder ein Zettel einer Putzerei konnte oft fast genauso jemandem einen legalen Status verleihen wie ein offizielles Dokument.

Eigentlich handelte es sich um eine mehrschichtige Dokumentenfälschungskaktion, deren Auslegung aber einem Augenzeugen zufolge, bei „niemandem in irgendeiner Weise Bedenken was die Rechtmäßigkeit dieser Unternehmungen betraf oder gar moralische Skrupel auslöste. Die universellen Gebote der humanitären Hilfe, die Überlistung der Gesetze eines Regimes, das auf Vernichtung fußte, erwiesen sich einfach als stärker“.



Endre blieb Einzelkämpfer, hatte keinerlei Kontakte zu zionistischen oder Untergrundorganisationen, in der Familienerinnerung gibt es nur den Verband *KISKA*, eine militärische Formation, die Endre half: Jene Stempel, die nicht Endres Arbeit, sondern echt sind, dürfte aus deren Bestand stammen. Der Interesse halber sei auch nicht vermerkt, dass Endre, der auf alles vorbereitet war, seine mit der Aufschrift „Aus der Bibliothek der Káldorys“ versehene *Ex Libris* ebenso fälschte und mit dem Namen „Krumpoltz“ ersetzt hatte. Hintergrund dieser Aktion dürfte gewesen sein, dass er damit den Eindruck erwecken wollte, dass seine geliebten und besorgt behüteten Bücher von dem in seinem Wohnhaus lebenden Pfeilkreuzler, einem gewissen Krumpoltz, bereits requiriert worden seien, und er damit einer Beschlagnahmung zuvorkommen wollte.

Der mit der Linoleumdruckerei von Endre Káldori aufgebaute „Familienrettungsdienst“ beschränkte sich nur auf Budapest, die Verwandten in der Provinz kannte er nicht, und wahrscheinlich hätten Schritte im Interesse der fernab lebenden Verwandtschaft sowohl seine Möglichkeiten als auch seine Kräfte bei Weitem überfordert. Bei den unmittelbaren Familienangehörigen konnte er nur seinem Schwiegervater nicht helfen. Die Pfeilkreuzler verschleppten ihn nach Pestszentimre, wo sie ihn ermordeten, da er ohne Insulinspritze den Marsch nicht fortsetzen konnte. Seine drei Onkel rettete er aus dem Arbeitsdienst, mit gefälschten Papieren holte er sie einzeln aus den fahrbereiten Zuggarnituren.

Diese Dokumente trugen den Stempel der *Technischen Abteilung des Eisenbahn- und Gerätemagazins der Königlichen Ungarischen Honvéd*, mit denen er sich – mit der Behauptung Ersatzteile kontrollieren zu müssen – an den einzelnen Bahnhöfen Zutritt zu den Zuggarnituren verschaffte. Als angeblicher Angestellter der *Honvéd* und als Magazineur ließ sich Endre zu dieser Zeit einen mächtigen Schnurrbart wachsen, kleidete sich in Reithosen und trug Stiefel.

Nach der deutschen Besetzung des Landes musste er in immer schwierigeren und riskanteren Situationen Tollkühnheit und Einfallsreichtum zeigen. Seine Schwiegermutter konnte er mit einem falschen Marschbefehl aus der Ziegelfabrik in Óbuda befreien – wobei die Gendarmen sie nicht ohne bleibende „Erinnerungen“ entließen und ihr alle Zähne Herausschlugen. Er brachte sie unter dem Namen Kiss als „Bombenopfer“ als Hausmeisterin unter. Unter den Pfeilkreuzlern konnten nur absolut vertrauenswürdige Personen Hausbesorger sein, viele von ihnen waren Sympathisanten des Szálasi-Regimes und denunzierten umgehend und fleißig – so zum Beispiel untergetauchte Jüdinnen und Juden, illegale Kommunistinnen und Kommunisten oder Deserteure. Endre Káldori machte seine Großmutter geradewegs zur Hausbesorgerstellvertreterin. Mag sein, dass der aufgeweckte wirkliche Hausbesorger den Schwindel durchaus bemerkte, seinen Verdacht tat er nur insofern kund, als er bei Bombenalarm, als jeder in die Luftschutzräume flüchtete, er Frau Kiss regelmäßig das Aufwaschen des Stiegenhauses anordnete. Er spürte, dass irgendwas nicht in Ordnung war, meldete aber dennoch nichts. Auch die, die im Keller saßen, ahnten, wer sich unter ihnen versteckte, berichteten aber den Zuständigen dennoch nichts über ihre Vermutungen.

Diese Taktik des „Wer wagt, gewinnt“ oder „Verdächtig ist, wer unverdächtig ist“ war aber in anderen Teilen der Familie nicht unbekannt: Der eine Onkel war trotz seiner jüdischen Herkunft als Luftschutzkommandant aktiv, was mit einer echten Identität wohl kaum möglich gewesen wäre. Auch seine Großmutter und Mutter brachte er – als Flüchtlinge aus Siebenbürgen – in der Stadt unter.

Endres Frau und seine damals ein paar Monate alte Tochter Zsuzsanna wohnten von Juni bis Mitte Oktober 1944 in der Csanády utca in der Budapester Neu-Leo-



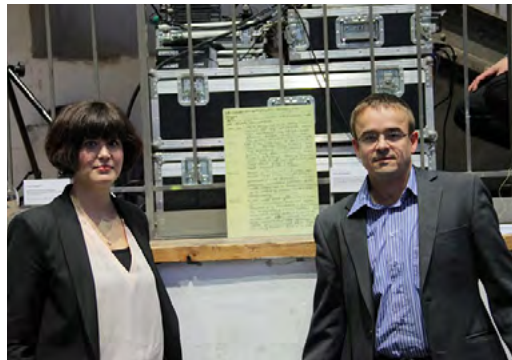
poldstadt in einem *Csillagos Ház*, einem mit einem gelben Stern versehenen Wohnhaus, in dem ab 1944 Jüdinnen und Juden zusammengepfercht wurden. Vater Endre fertigte für seine Tochter ein ganz besonderes Album an, auf dessen erste Seiten die Bilder und Texte aus der Zeit unmittelbar nach der Geburt Zsuzsannas kamen. Das Album erzählt die Geschichte, wie die Familie in das *Csillagos Ház* einzog, wie sie sich versteckte, die Ereignisse der Befreiung und des Neubeginns nach dem Krieg – durchsetzt von Endres Humor und Optimismus.

Aus den Erzählungen Zsuzsannas wissen wir auch, dass die Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses über die Radioerklärung von Reichsverweser Miklós Horthy über den Kriegsausritt Ungarns so begeistert waren, dass sie im Hof zu tanzen begannen und den gelben Stern von den Gängen des Hauses herunterrissen. Die sich als verfrüht zeigende Freude währte gerade einmal bis zum Abend ...

Ende November quartierten sie sich – statt ins Ghetto zu ziehen – bei nichtjüdischen Verwandten ein, kamen aber auch – mit etwa vierzig anderen – bei einem pensionierten Offizier in der Pester Falk Miksa utca unter, der in den Familienlegenden immer nur als *Sándor bácsi* geführt wird. Kurz darauf kam Zsuzsa mit ihrer Mutter aufs Land, nach Nagytarcsa, wo sie bei einer Bekannten wohnten. Da das Mädchen viel weinte, hatte die Quartiergewährende Angst aufzufliegen – Zsuzsa wurde von ihrer Mutter getrennt und bei einer nichtjüdischen Tante untergebracht.

Die Befreiung erlebten die Káldoris in ihrer Wohnung in der Kresz Géza utca in Budapest, nachdem sie kurz zuvor in die eigene Bleibe geflüchtet waren. Endre und seine Frau – in der für sie so charakteristischen Art, allein von den Historikerinnen und Historikern nicht belegt – beschrieben das Ungarn des Jahres 1944 als einen Ort, an dem zwar an jeder Straßenecke und unter jedem Torbogen auf Jüdinnen und Juden Tausende Gefahren lauerten, wo sich aber oft jemand fand, der oder die half, der oder die Augen verschloss. Endre arbeitete nach dem Krieg als Hersteller von Schreibutensilien, zuerst selbständig, nach der Verstaatlichung in einer Genossenschaft. Seiner humanistischen Grundhaltung verschaffte er nicht nur gegenüber seiner Familie Geltung: Er verhalf ehemaligen Offizieren des Horthy-Systems, die nach 1945, nach der Befreiung, aus politischen Gründen in Schwierigkeiten gekommen waren, immer wieder zu Arbeit und Verdienstmöglichkeiten.

András Szécsényi, Historiker, Holocaust Memorial Centre (HDKE), Budapest
szecsenyandras@gmail.com



László Csősz/Regina Fritz

Ein Protokoll

Am 8. Mai 1944, fast zwei Monate nach der deutschen Besetzung Ungarns, versammelten sich die Leiter der Stadtverwaltung von Debrecen im Rathaus der Stadt. Die Besprechung hatte nur einen Tagesordnungspunkt: die Erörterung der weiteren Schritte bei der Abwicklung der Ghettoisierung der Jüdinnen und Juden von Debrecen. Nach heutigem Forschungsstand ist das Protokoll dieser Besprechung ein einzigartiges Dokument. Es ist anzunehmen, dass in keiner anderen Stadt Ungarns solche Gespräche festgehalten, bzw. wenn doch, dass diese Abschriften umgehend und auf zentrale Weisung vernichtet wurden. In Debrecen blieb das auf dünnem Seidenpapier, hastig erstellte elfseitige Protokoll, unter andere Akten vermischt, mit großer Sicherheit auch nur rein zufällig erhalten. Ein Lokalhistoriker, ein Amateur entdeckte es 2002 unter vielen anderen, aus den 1830er-Jahren stammenden Verwaltungskonvoluten. Der unbekannte Verfasser des Protokolls hielt die Verhandlungen nur skizzenhaft, in ihren wesentlichen Zügen fest. Dennoch bietet der bruchstückhafte Text Einblick in den lokalen Entscheidungsprozess, der einer Ghettoisierung vorausging: Die Auseinandersetzungen der an der Besprechung teilnehmenden leitenden Verwaltungs- und Sicherheitsbeamten zeigen deutlich die Ziele, Einstellungen, Bewegungsspielräume und internen Rangeleien der am Völkermord aktiv beteiligten ungarischen Behörden.

Die staatlich organisierten Ghettoisierungen begannen am 16. April 1944. Der Einrichtung der Ghettos waren überall administrative und verwaltungstechnische Beratungen vorausgegangen. Wie auch in anderen Städten, so hatten auch in Debrecen neben den führenden Verwaltungs- und Sicherheitsbeamten auch weitere Experten (Ingenieure, Amtsärzte) eine entsprechende Einladung zu diesen Gesprächen erhalten. In Debrecen ging es in der Besprechung, unter dem Vorsitz des unmittelbar nach der deutschen Okkupation am 15. März 1944 ernannten, neuen Komitatoobergespans Lajos Bessenyei in erster Linie darum, wo das Ghetto überhaupt eingerichtet werden soll. Aus dem Protokoll geht hervor, dass man zuerst die in vielen anderen Städten angewandten Maßnahmen bevorzugt hatte, die Jüdinnen und Juden außerhalb der Stadt in eigens zu diesem Zweck erbauten Baracken zusammenzupferchen. Die Versammelten verwarfen aber – unter Berufung auf fehlendes Baumaterial – diese Möglichkeit und plädierten für die Einrichtung eines abgesonderten innerstädtischen Wohnbereichs. Die Jüdinnen und Juden der Stadt wurden so in zwei große Häuserblocks westlich des Hauptplatzes abgeschoben, wo sie schon vorher in großer Zahl gelebt hatten. Bei der Festlegung des Ghettogebiets war auch ausschlaggebend,



VWI EVENTS

dass dieser abgesonderte Wohnbereich fern ab von den wichtigeren Verkehrsarterien der Stadt und der öffentlichen Gebäude der Stadt lag – das Alltagsleben der Stadt also weitestgehend ungestört blieb. Gleichzeitig wurden mehrere Areale innerhalb dieser Blöcke aus „ethischen“ Erwägungen nicht dem Ghetto zugeschlagen, kirchliche und Bildungseinrichtungen sollen davor geschützt werden, sogar dem Anblick des Ghettos ausgesetzt zu sein. Eine ganz besondere ordnungstechnische Aufmerksamkeit kam dem im Ghettobereich befindlichen Freudenhaus zu, und der ungestörte Zugang wurde schließlich – so unsere Quelle – mit der Schaffung eines eigenen „Durchgangs“ gelöst. Im Weiteren diskutierten Beamte und hinzugezogene Fachmänner die Möglichkeiten der Bewachung und deren detaillierte technische Umsetzung sowie die medizinische Versorgung. Grundsätzliche Bedenken gegen die Maßnahmen äußerte niemand.

Aus dem Protokoll geht aber auch hervor, dass über die Umsetzung einzelner Schritte der Ghettoisierung keineswegs totale Einigkeit herrschte. Anderen Städten vergleichbar gerieten auch in Debrecen die vom Kollaborantenregime Sztójay ernannte Exekutive mit der alten, mit den Konservativen sympathisierenden Beamtengarde aneinander. Letztere vertraten in Sachen judenfeindlicher Politik einen gemä-



ßigteren Standpunkt und verwarfen die radikale Vorgangsweise des neuen Regimes. Bei den Kontroversen zwischen dem Bürgermeister Sándor Kölcsey und dem Obergespan Lajos Bessenyei wurde genau jene politische Wende manifest, die sich die Absetzung der zum alten Regime loyalen Eliten zum Ziel gemacht hatte: Einige Tage nach dieser Besprechung rief Bessenyei, der als Kandidat der NS-freundlichen Imrédy-Partei zum Komitatsobergespan ernannt worden war, den Bürgermeister auf, sein Amt zu räumen. In einem vertraulichen Brief teilte er Kölcsey mit, dass er „aus nicht außer Acht zu lassenden, zwingenden prinzipiellen Gründen“ seine Ablösung in die Wege leiten werde, er ihn aber zuvor auffordere, freiwillig zurückzutreten: Schon wenige Tage später berichtete die Lokalpresse über die Absicht Kölcseys, sich in den Ruhestand versetzen zu lassen. An seine Stelle wurde László Csóka, der bereits bei den früheren Phasen der Ghettoisierung – in Nord-Siebenbürgen – eine Rolle gespielt hatte, als Bürgermeister eingesetzt, trat aber diese neue Stelle erst im Juli 1944 an. Bis dahin führte der stellvertretende Bürgermeister der Stadt, József Zöld, diese Agenden. Er reichte Ende Mai zwar seine Abdankung ein, blieb aber bis 1. Juli im Amt und assistierte der Ghettoisierung bis zur Deportation der Debrecener Juden. Er blieb zwar passiv, ließ alle Angelegenheiten von subalternen Beamten erledigen, fand es nicht einmal der Mühe wert, Dokumente mit seiner Paraphe zu versehen, blieb aber letztlich doch für das Geschehene verantwortlich, für die Lebensumstände des von ihm beaufsichtigten Sammellagers ebenso wie für dessen mangelhafte Versorgung. Der stellvertretende Obergespan István Rásó wurde zwar auch in den Hintergrund gedrängt, blieb aber ebenso bis Ende Juni im Amt. Von judenfeindlichen Aktionen hielt er sich hingegen fern. Die alte Führungselite war zwar gegen die Ghettoisierung, unterstützte einige Rettungsversuche, gab aber letztlich doch den mörderischen Handlungen ihren Namen und Segen.

Bezeichnend ist, dass der erwähnte Disput zwischen Bessenyei und Kölcsey nicht über die Tatsache der Ghettoisierung, sondern über deren Wie ausbrach. Der Bürgermeister wollte eine etwas komfortablere Unterbringung durchsetzen, wollte die Absperrung des Wohnbezirks vermeiden. Aber auch in der Untermauerung seines Standpunktes standen nicht etwa Argumente der Menschenwürde, sondern ästhetische und pragmatische Erwägungen im Vordergrund: „Es gebe doch praktischere Lösungen, können wir doch die Gassen absperren. Er ist Holzbrettern gegenüber abgeneigt, erstens, weil sie hässlich sind [...]. Zweitens würde man die Bretter für Zwecke der Landesverteidigung benötigen.“ Allein der Obergespan bestand nachhaltig auf die Richtlinien des Innenministeriums. Er lehnte sogar den Vorstoß des Bürgermeisters ab, dass die Juden – aus rein sanitären Erwägungen – alle nötigen Sachen mit sich nehmen können. Laut Bessenyei hätte dies bereits einer „Unterbringung in einem Sanatorium“ entsprochen. Dabei wurde er auch vom obersten Amtsarzt der Stadt unterstützt, der wenige Tage zuvor, die Ghettos und Lagers der ersten Deportationszone aufgesucht hatte. An diesen Orten waren die Juden in allen Fällen ohne grundlegende hygienische Vorkehrungen zusammengepfercht worden. Der Obergespan folgte auch in anderer Hinsicht jenen strengen Richtlinien, die vom obersten Drahtzieher der Ghettoisierung, Staatssekretär im Innenministerium Endre László, ausgearbeitet worden waren: Unter anderem verweigerte er auch, unabkömmlichen Fachleuten, z. B. Ärzten, Ausnahmegenehmigungen zu erteilen.

Alles in allem wirft das Debrecener Protokoll mehrere, von den Historikerinnen und Historikern bis heute nur zum Teil untersuchte Aspekte auf. Da an der Besprechung die Behörden der deutschen Besatzungsmacht, darunter die Vertreter des Sonderkommandos Eichmann nicht teilnahmen, trägt unser Protokoll wichtige Zusatzinformationen zur Untersuchung der Frage bei, wie lokale und regionale Verwal-



tungen verfahren, wie groß ihre Spielräume waren, welche Verantwortung sie trugen. Wir erfahren wie die Kommunikationskanäle zur Zeit der Ghettoisierung funktionierten. Fehlende zentrale Direktiven machten es notwendig, dass die Debrecener Verwaltung selbst Informationen einholen musste, wie andere Behörden diese Maßnahmen umsetzen, umgesetzt hatten. Neben Informationen aus der Presse oder über Telefon, wurden auch andere Orte persönlich aufgesucht. Das Debrecener Beispiel zeigt auch, dass die Entscheidungsträger Lösungen anderer Stellen laufend in Erwägung zogen. In der Regel übernahmen sie die drastischeren Muster und setzen am Ende radikalere als ursprünglich vorgesehene Entscheidungen durch. Sie reduzierten Ghettobereiche oder verschärften Regeln. Dazu trugen aber auch eine gepaarte Kontrolle von vorgesetzter Obrigkeit und antisemitischer Öffentlichkeit wesentlich bei.

Allein das Musterbeispiel Debrecens lenkt unsere Aufmerksamkeit auch auf den Bewegungsspielraum der lokalen Exekutive und zeigt deutlich, dass die Verwaltung sehr wohl einen mäßigenden Einfluss auf den Ablauf der Ghettoisierung nehmen konnte. Die internen Auseinandersetzungen bzw. die zögerliche, verhaltene Attitüde einiger örtlicher Beamten spielte sicher eine Rolle dabei, dass die Einrichtung von Ghettos im Komitat Hajdú um einiges später einsetzte als in den anderen Landesteilen. Anfänglich wollte man ja die gesamte jüdische Bevölkerung des Komitats in das städtische Ghetto zusammenpferchen, den Vertretern der alten Beamtengarde gelang es aber, diesen Plan zu vereiteln. Was den Platzbedarf und die Versorgung betraf war die Lage insgesamt weit besser als anderswo: In Debrecen waren pro Person vier Quadratmeter vorgesehen, während in vielen anderen Ghettos nur halb so viel, an einigen Orten sogar nur ein Viertel dieses Platzes den Ghettohäftlingen zur Verfügung stand (so zum Beispiel im benachbarten Nyíregyháza). Auch die Umzugsfristen waren großzügiger bemessen. Letztlich führten aber die zaghafte Bemühungen der Exekutive vor Ort nur zu vorübergehenden, die Maßnahmen etwas erleichternden und letztlich auch durchaus fragwürdigen Ergebnissen. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Ghettos von Debrecen wurden gemeinsam mit der jüdischen Bevölkerung der die Stadt umgebenden Gemeinden und Dörfer zwischen dem 16. und 20. Juni 1944 in zwei städtische Ziegelfabriken getrieben. In den letzten Junitagen des Jahres 1944 deportierten die ungarischen Behörden in Zusammenarbeit mit dem Sondereinsatzkommando Eichmanns mehr als 10.000 Menschen aus Debrecen nach Auschwitz-Birkenau bzw. über das Lager Strasshof in andere, im heutigen Österreich gelegene Zwangsarbeitslager.

László Csósz, Historiker; Holocaust Memorial Centre (HDKE), Budapest
lcsosz@yahoo.com

Regina Fritz, Historikerin, Editionsprojekt „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden“ des Institutes für Zeitgeschichte München-Berlin
regina.fritz@univie.ac.at



Istvan Pal Adam

Das verletzte Selbstwertgefühl des Herrn Professor

Wenn vom Leid der Holocaust-Opfer gesprochen wird, kommen in der Regel der Hunger, die demütigenden Leibesvisitationen, die Vertreibung aus dem eigenen Zuhause, die Verladung in Viehwaggons, die Ermordung der nächsten Angehörigen zur Sprache. Dabei kannte und kennt dieses Leid auch eine ganz andere Dimension, die weniger körperlichen, als vielmehr seelischen Ursprungs ist: Es ist der Verlust des schwer erkämpften sozialen Rangs, der Schmerz, der sich aus dem plötzlich auftretenden Fehlen an gesellschaftlicher Anerkennung im gewohnten, alltäglichen Umfeld ergibt. Davon wird nur selten gesprochen, obwohl die Quellen auch darüber zu berichten wissen. Die Symptome dieses Schmerzes sind umso ausgeprägter, je höher der Sozialstatus des Individuums ist oder war.

Die Quelle, über die im Folgenden berichtet wird, ist das Dokument einer verzweiferten Anstrengung, eines Versuchs, die erwähnte soziale Achtung wiederzuerlangen, oder zumindest ein Bemühen, jenen Schmerz zu erzählen, zu dokumentieren, der sich aus dieser verlorenen Anerkennung ergibt, der Versuch, ihn bei irgendeiner Behörde zu beklagen.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Ungarn unzählige Simulationen, Attrappen irgendwelcher Behörden oder geradewegs Scheinbehörden aufgestellt – mit dem Ziel das öffentliche Leben Ungarns zu „entnazifizieren“, dem faschistischen Gedankengut einen Riegel vorzuschieben. Eine dieser „Behörden“ – *Der Rechtfertigungsausschuss der Hausbesorger Budapests*, der das Tun und Treiben dieser Berufsgruppe während des Zweiten Weltkriegs im Einzelnen überprüfen sollte – veröffentlichte am 13. April 1945 in der Tageszeitung *Népszava* einen Aufruf:

„Achtung! An die Bewohner des V. Bezirks!

Wir rufen die Bewohner des V. Bezirks auf, über das Verhalten und die Tätigkeit der Hausbesorger und Hausbesorger-Stellvertreter in der unmittelbaren Vergangenheit unter der Adresse der *Freien Landesgewerkschaft der Hausbesorger*; V., Szent István körút 27/I/2 schriftlich Meldung zu erstatten.“

Die Hausbesorger, oder wie sie auch im Ungarischen umgangssprachlich bezeichnet werden: Hausmeister, waren sich dessen bewusst, dass sie häufig als die Handlanger der faschistischen Behörden betrachtet wurden. Nach der Befreiung wollten sie



VWI EVENTS

ihr Image ein wenig aufpolieren – aber auch Handlungen setzen, wie diese Annonce eindeutig belegt. In derselben Nummer der *Népszava* war auf Seite 2 links unten auch eine kleingedruckte Mitteilung in einer ganz anderen Sache zu lesen: „Seine Frau und seine Eltern lassen alle jene, die ihn kannten und schätzten, wissen, dass Antal Szerb am 27. Jänner 1945, im Alter von 48 Jahren im Arbeitslager Balf an Altersschwäche verstorben ist.“

Alle in der ungarischen Kulturgeschichte Bewanderten konnte diese lakonische Nachricht über den Tod des großen Literaten und Gelehrten nur erschüttern. Auch der Kunsthistoriker und pensionierte Museumsdirektor Professor Béla Lázár gehörte sicher zu diesem Personenkreis – allein ihn dürften sicherlich beide genannten Mitteilungen der *Népszava* bewegt haben. Nicht nur, weil er Antal Szerb persönlich gekannt hatte, sondern auch, weil er in Sachen Überprüfung des Verhaltens der Hausbesorger in den Kriegsjahren einiges mitzuteilen hatte. Wir können ihn förmlich vor uns sehen, wie er sich überlegt, was er nun der *Freien Gewerkschaft der Hausbesorger* genau schreiben soll. Die in der *Népszava* annoncierte Verlautbarung war



schwammig formuliert und konnte durchaus den Eindruck erwecken, dass die Gewerkschaft in der Darstellung aller möglichen, in der Vergangenheit verübten Übeltaten interessiert sei. Gemäß der Verordnung des Bürgermeisters hatte das Rechtfertigungs- und Überprüfungsverfahren zum Ziel, die allzu sehr korumperten Sympathisantinnen und Sympathisanten der Pfeilkreuzlerpartei zu entlassen und sie zur Verantwortung zu ziehen. Nach Durchsicht der Unterlagen zu über tausend Hausbesorgerinnen und Hausbesorgern, können wir aber mit Fug und Recht annehmen, dass die Ausschüsse auf die Aufdeckung und Klärung ganz anderer Missetaten erpicht waren, als sie Béla Lázár – wie wir noch sehen werden – in seinem Schreiben schließlich kundtat.

Denn obwohl die Hausbesorger bzw. deren Stellvertreterinnen rein rechtlich betrachtet nicht Teil der Exekutive waren, so waren sie in den Kriegsjahren in der Praxis doch mitverantwortlich für die Durchführung zahlreicher judenfeindlicher Maßnahmen. Sie überwachten zum Beispiel die in den sog. „Judenhäusern“, in den „Häusern mit gelbem Stern“, einquartierten Menschen, bzw. denunzierten jene, die sich außerhalb dieser zu verstecken versuchten – wussten sie doch über jede Bewegung ihrer Umgebung Bescheid. Die Hausbesorger waren damit eine Art Bindeglied zwischen den Behörden und den in Ghettos gepferchten „Jüdinnen und Juden“. Damit verfügten sie auch über einen weit größeren Handlungsspielraum als andere Personengruppen, die in der Fachliteratur in der Regel als „bystander“, als unbeteiligte Zuschauerinnen und Zuschauer, bezeichnet werden. Daraus ergab sich konsequenterweise auch die Möglichkeit, den Verfolgten zu helfen: Und es gab sie tatsächlich, Hausbesorger, die aus Menschlichkeit, andere wiederum, die die Möglichkeit eines Zusatzverdienstes erblickend, Menschen versteckten, sie vor Gefahren warnten, ihnen Lebensmittel beschafften, Schutzbriefe für sie auftrieben. Aber viele identifizierten sich auch mit der Ideologie des „Rassenschutzes“ und zeigten keinerlei Erbarmen bei der Durchsetzung der diskriminierenden Verordnungen. Diese, zur letzten Kategorie gehörenden Hausbesorgerinnen und Hausbesorger wollte man mit der erwähnten Verordnung aufspüren – und Professor Béla Lázár war der festen Überzeugung, dass auch in seinem Wohnhaus in der Zoltán utca ein solcher Hausmeister sein Unwesen getrieben hatte.

Béla Lázár, nicht zuletzt auch von der Todesnachricht Antal Szerbs erschüttert, griff also zur Feder und begann seine Kränkungen im Detail aufzuzählen. Sein Brief, in dem er seine Differenzen mit dem Hausmeister und dessen Ehefrau beschreibt, kam zu den offiziellen Dokumenten des *Rechtfertigungsausschusses* – und ist so in der Sammlung des *Archivs der Hauptstadt Budapest* der Forschung zugänglich. Aus dem Konvolut geht hervor, dass der damals 73 Jahre alte Professor mit seiner Frau im August 1942 in das erste Stockwerk des Hauses in der Zoltán utca eingezogen war. In diesen Jahren waren die Wohnungen im ersten Stockwerk eines Hauses in der Regel die größten und teuersten, und so ist anzunehmen, dass das Ehepaar Lázár über ausreichende Mittel verfügte, um ein großbürgerliches Leben zu führen. Die soziale Schichtung eines Budapester Zinshauses verhielt sich umgekehrt proportional zur Miete: Je höher jemand wohnte, umso kleiner war die Wohnung und umso geringer der Zins, der mit Untermietern oder Bettgebern noch weiter reduzierbar war. Auf der untersten Stufe dieser Hierarchie eines Budapester Wohnhauses stand der Hausbesorger, dessen Dienstwohnung zwar unentgeltlich war, er aber den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Hausbesitzern immer zu Diensten zu sein hatte, den Müll abholen und entsorgen sowie der Behörde bei der Anmeldung der Bewohner des Hauses dienlich sein musste. Ebenso war er für die Verteilung der Lebensmittelkarten oder für die Zustellung von Telegrammen und Briefen innerhalb des Wohnhau-



ses zuständig. Den Bewohnerinnen und Bewohnern gegenüber musste er immer freundlich sein, war doch eine höfliche und umsichtige Bedienung die Voraussetzung für ein Trinkgeld – und ohne dieses Zubrot wären er und seine Familie wohl kaum über die Runden gekommen.

Béla Lázár wurde – laut einer Eintragung im *Zsidó Lexikon*, im *Jüdischen Lexikon* – 1869 in Nagyvárad, dem heutigen Oradea in Rumänien, geboren. Er studierte Kunstgeschichte in Budapest, München, Paris, Berlin sowie Jena, und war ein, auch international renommierter Vertreter seines Faches: 1916 wurde er Mitglied der illustren *Petőfi-Gesellschaft* von Ferenc Herczeg, unterhielt im berühmten Budapester Literatencafé *Japán* an der Andrassy út einen eigenen Stammtisch und – so das *Ungarische Biographische Lexikon* (*Magyar Életrajzi Lexikon*) – war über ein Jahrzehnt Direktor des *Ernst Múzeums*. Er veröffentlichte mehr als fünfzehn Bücher. In seinem autobiographisch inspirierten Werk *Unter Literaten und Künstlern* (*Írók és művészek között. Budapest: Pallas 1918*) beschreibt er seine Kontakte zu einigen Berühmtheiten der ungarischen und internationalen Kunstszene, seine Freundschaft mit Henrik Ibsen 1899 (dessen Stützen der Gesellschaft in Ungarn lange in seiner Übersetzung aufgeführt wurden), seine Treffen mit Paul Verlaine in Paris oder seine Absinth-Gelage mit Oscar Wilde. Bekanntschaft schloss er auch mit dem Schriftsteller Dezső Szomory und ging in Mihály Munkácsy Atelier in Neuilly-sur-Seine ein und aus.

In das Budapest der 1940er-Jahre zurückgekehrt, konnte sich Professor Lázár, sei es wegen seiner gesellschaftlichen Position, sei es wegen seines Alters, mit Recht erwarten, vom Hausbesorger, Herrn Sz. und seiner Frau, Frau Sz., respektvoll und höflich behandelt zu werden. Er mag ein solches Benehmen vielleicht erwartet, aber letztlich nicht erfahren haben, was er mit seiner jüdischen Herkunft und der – seines Erachtens nach – antisemitischen und NS-freundlichen Einstellungen des Ehepaares in Verbindung brachte. Wie Professor Lázár in seinem Brief an den *Rechtfertigungsausschuss* schrieb, „hat es uns nie begrüßt, nur jetzt, bei der Überprüfung, aber auch jetzt nicht mit dem zu erwartenden Respekt“. Nicht zu grüßen oder respektlos zu sein, ist eine Sache, aber das Ehepaar Sz. fand in viel praktischeren, alltäglicheren Bereichen Mittel und Wege, den betagten, aber doch neuen Bewohnern des Hauses das Leben schwer zu machen: „Bei einer Gelegenheit holten sie den Müll vier Tage lang nicht ab, obwohl der Mülleimer vor unserer Tür stand. Da wir keinen Platz mehr hatten, mussten wir die beiden darauf aufmerksam machen, endlich den Müll wegzubringen. Woraufhin Sz. sich auf mich stürzen wollte, die Treppen herauf stürmte, um mich niederzuschlagen, und mich anschrie, wie ich es wagen könne, ihn darauf aufmerksam zu machen. Er brüllte, dass – wenn ich nicht so alt wäre – er mich auf der Stelle erschlagen würde.“ Der Schriftsteller und pensionierte Museumsdirektor hatte bis dahin wohl wenige Konfliktsituationen erleben müssen und zeigte sich so zutiefst empört, dass ein Hausbesorger es wagen konnte, sich ihm gegenüber einen solchen Ton anzumaßen. „Ich, der der ungarischen Kultur fünfzig Jahre diente, war einer solchen Niedertracht eines Hausmeisters ausgesetzt.“ – kommentiert er konsterniert den Vorfall. Die Art seiner Empörung zeigt aber auch, dass er die ihm gegenüber gezeigte Respektlosigkeit als Ungar – und nicht als „Jude“ – erlebte.

Es kann wohl keinen Zweifel darüber geben, dass das Hausmeisterpaar gerade diese ungarische Identität Herrn Lázárs arg in Zweifel zog: 1942 war es schon recht schwer, Dienstboten zu finden, waren doch viele junge Frauen in Betrieben und Fabriken untergekommen, die wegen des Militärdienstes der Männer unter Arbeitskräftemangel litten. Das Ehepaar Lázár konnte einen höheren Lohn zahlen und fand so auch jemanden. Kaum hatten sie die neue Dienstin angestellt, füllten sie auch den erforderlichen Meldezettel aus, den auch der Hausbesorger zu unterfertigen



hatte: Die Polizei nahm ja eine behördliche Anmeldung nur mit der Unterschrift aller Beteiligten, also auch des Hausbesorgers, entgegen. Als die neue Dienstbotin den Meldezettel zum Hausmeister brachte, teilte ihr das Ehepaar Sz. umgehend mit, sie möge sehr vorsichtig sein und aufpassen, denn Professor Lázár sei „Jude“. Dies war unter den damaligen Verhältnissen eine Auskunft, die bei vielen Bedenken oder Zweifel an der Richtigkeit einer Entscheidung erwecken konnte – wie Professor Lázár auf Seite 4 seines Schreibens festhielt. Vor dem Rechtfertigungsausschuss hielt der nunmehr 76-jährige dann auch fest: „Sooft wir eine Dienstbotin einstellen wollten, haben sie ihr dringendst abgeraten, die Stelle anzunehmen.“

Im Juni 1944 wurden alle Ungarinnen und Ungarn, die auf der Basis rassistischer Gesetze als Jüdinnen und Juden galten, gezwungen, in mit einem gelben Stern markierte Häuser, sog. „Judenhäuser“ zu ziehen. Wer konnte, versuchte in Häuser zu entkommen, die seit November 1944 unter internationalem Schutz standen, widrigenfalls man sich sehr schnell inmitten der großen Elendsmasse im Ghetto in der Pester Innenstadt finden konnte. Das Ehepaar Lázár zog ebenfalls in ein – unter dem Schutz Spaniens stehendes – Haus, von wo es erst im Jänner 1945, als der Kampf um Budapest nur mehr auf der Budaer Seite der Donau tobte, in seine Wohnung in der Zoltán utca zurückkehrte. Aber auch so heulten immer wieder die Luftschutzsirenen auf: Als das gerade wieder eingezogene Ehepaar Lázár mit einem anderen Ehepaar zum Schutzraum eilte, konstatierte Hausmeister Sz., dass es „für Juden keine Platz im Luftschutzraum“ gäbe – schreibt Lázár. Selbst noch nach Abzug der deutschen Truppen sei ihm und seiner Frau unter Berufung auf ihre Abstammung der allen anderen zustehende Schutz verweigert worden; noch immer sei Sz. bemüht gewesen, die beiden spüren zu lassen, dass sie nicht mehr seien, als gerade einmal geduldete Bürger zweiter Klasse.

Die Heimkehr aus dem Ghetto, den geschützten Häusern, aus der Deportation fiel nicht allen leicht: In der Zwischenzeit waren viele Wohnungen Bombengeschädigten und Flüchtlingen zugewiesen oder Verwandten und Bekannten von Hausbesorgern zugespielt worden. Das Ehepaar Sz. habe – so Lázár – dabei assistiert, dass während seiner Abwesenheit Fremde in die Wohnung eingezogen waren, oder um die damals übliche Sprache zu verwenden, dass sie Fremden „zugeteilt“ werde. Mit der Unterstützung von Sz. hatten diese Fremden die Bibliothek des Professors, seine Bilder und Möbel in das Dienstbotenzimmer gepfercht, obwohl sogar die Ghettoverordnungen das Entfernen von Gegenständen aus versiegelten Räumen explizit verboten. Béla Lázár und seine Frau konnten aber nichts ausrichten, mussten in das Dienstbotenzimmer einziehen, ihr Badezimmer mit Fremden teilen. Es ist paradox, aber nach soviel Demütigungen und Erniedrigungen ersuchte der pensionierte Museumsdirektor noch immer den Hausbesorger um Hilfe und Unterstützung bei der Adaptierung des Dienstbotenzimmers, brauchte er doch jemanden, der ihm helfen, schleppen, auskehren konnte. Béla Lázár und seine Frau waren einfach auf den guten Willen dieses sehr einfach gestrickten Menschen angewiesen – aber selbst das Angebot Sz. zu entlohnen, half nichts. Wie Béla Lázár schreibt, habe „Hausbesorger Sz. jede Hilfe verweigert, das Dienstbotenzimmer bewohnbar zu machen, obwohl ich ihn dafür bezahlen wollte. Da die Kämpfe in Buda noch währten, konnte man auch keine Arbeiter finden. Sie gestatteten uns nicht einmal, Wasser aus ihrer Küche zu holen oder einen Tee zu kochen.“

Das Ehepaar Sz. wurde von dem – vom örtlichen *Nationalkomitee* am 20. Juni 1945 entsandten – *Rechtfertigungsausschuss für Hausbesorger und Hausbesorgerstellvertreter Nr. II* ohne weitere Untersuchungen in allen Punkten entlastet. Gegen diesen Beschluss legte Professor Béla Lázár Berufung ein. Der Ausschuss quittierte diese



Berufung mit Verständnislosigkeit: Niemals zuvor oder danach, war es je vorgekommen, dass irgend jemand Berufung gegen eine Entscheidung eines *Rechtfertigungsausschusses* eingebracht hätte. Schließlich wurde Professor Lázár's Eingabe durch einen Bescheid des *Volksgerichts* mit der Nummer Nb. Ig. XIV. 3511/1945-5 abgelehnt: mit der lakonischen Begründung, dass Béla Lázár in seiner Eigenschaft als Zeuge nicht befugt sei, Berufung einzulegen.

Es ist allgemein bekannt – auch wenn dieses Wissen mithilfe der heute in Ungarn weitverbreiteten Schuldzuweisungen an Deutschland wieder verdrängt wird –, dass sich auch viele kleine, einfache Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Ungarns auf mannigfaltige Weise am ungarischen Holocaust aktiv beteiligten. Wir wissen, dass die Hausbesorger viele Niederträchtigkeiten, viel Böses verübten. Selten jedoch wird uns bewusst, wie vielen Ungarinnen und Ungarn jüdischer Herkunft unmittelbar nach Kriegsende es wichtig war, über jene Leiden und Demütigungen zu berichten, die ihnen andere Ungarinnen und Ungarn zugefügt hatten. So auch Béla Lázár. Mit seinem Schreiben forderte er einerseits die Entnazifizierung des öffentlichen Lebens in Ungarn ein, macht andererseits aber auch auf eine ganz eigentümliche Weise der Nachwelt und damit auch uns bewusst, dass der Holocaust nicht nur Deportation, Todesmärsche oder Erschießungskommandos am Donauufer bedeutete, sondern eben auch ganz Profanes: zum Beispiel, dass ein Hausbesorger einen Gruß oder die Müllentsorgung verweigerte – und Béla Lázár macht uns auch bewusst, dass der kleine, unscheinbare ungarische Staatsbürger dafür nicht zur Verantwortung gezogen wurde und dafür auch nicht zur Verantwortung zu ziehen war. Für Professor Béla Lázár brach damit eine Welt zusammen: Allein der Umstand, dass seine Kränkungen wie Luft behandelt wurden, als hätte es sie nie gegeben, traf ihn härter als jeder körperliche Schmerz.

Die wichtigste Lehre aus dem Fall Lázár ist aber vielleicht, dass mit der Befreiung Budapests die vernichtende Wirkung der Judengesetze auf viele persönliche Schicksale nicht wie durch ein Wunder sang- und klanglos ihr Ende nahm: Das Ehepaar Lázár zum Beispiel musste weiter mit Sz. und seiner Frau unter einem Dach leben, obwohl – wie dies der ehemalige Museumsdirektor treffend formulierte – „Menschen dieser Einstellung zum Hausmeister nicht geeignet sind, auf keinen Fall aber in einem Haus, in dem Juden oder Menschen jüdischer Herkunft wohnen – weil das Leben mit ihnen die Hölle ist. Budapest, 22. Mai 1945. Hochachtungsvoll: Dr. Béla Lázár“.

Istvan Pal Adam, Historiker; 2013/14 VWI-Junior Fellow
adamistvanpal@gmail.com



Kinga Frojimovics

Eine Akkreditierung. Der Rechtsberater des ungarischen Konsulats in Wien, 1938–1945

„Lebenslauf des Herrn Dr. Georg Freiherr von Ettingshausen, Rechtsanwalt in Wien, I. Maysedergasse Nr. 5

Am 16. September 1896 wurde ich in Baden bei Wien als Sohn des damaligen Rittmeisters Othmar Freiherr von Ettingshausen und dessen Ehegattin Marianne geb. von Wasserburger, geboren.

Nach fünf Jahren Volksschule bezog ich das Gymnasium um mich nach Ausbruch des Weltkrieges in der achten Klasse als Kriegsfreiwilliger zu melden. Ich legte die Reifeprüfung ab und rückte zum k.u.k. Dragoner-Regiment Nr. 3 in Wien ein.

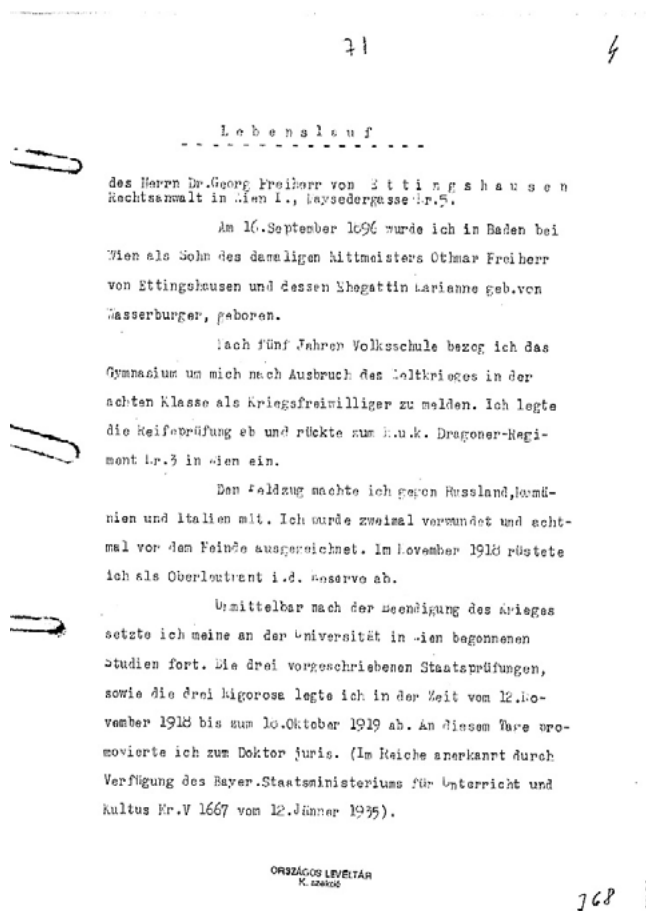
Den Feldzug machte ich gegen Russland, Rumänien und Italien mit. Ich wurde zweimal verwundet und achtmal vor dem Feinde ausgezeichnet. Im November 1918 rüstete ich als Oberleutnant i.d. Reserve ab.

Unmittelbar nach der Beendigung des Krieges setzte ich meine an der Universität in Wien begonnenen Studien fort. Die drei vorgeschriebenen Staatsprüfungen, sowie die drei Rigorosa legte ich in der Zeit vom 12. November 1918 bis zum 18. Oktober 1919 ab. An diesem Tage promovierte ich zum Doktor juris. (Im Reiche anerkannt durch Verfügung des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus Kr. V. 1667 vom 12. Jänner 1935).

In weiterer Folge begann ich im November 1919 mit der vorgeschriebenen 7 jährigen Praxis als Rechtsanwaltsanwärter. Im Mai 1929 legte ich die Rechtsanwaltsprüfung mit der Note ‚sehr gut‘ ab und erlangte hiedurch für Österreich die Rechtsanwalts- und Richterbefähigung. Ich habe dann in Wien IV., Schwindgasse Nr. 8 meine Rechtsanwaltskanzlei aufgemacht.

Im Sommer 1930 trat ich der SA der NSDAP bei, im Jänner 1931 der Partei (Mitgl. Nr. 440100).

Seit dieser Zeit gehöre ich auch dem NS-Juristenbund, nunmehr NS-Rechtswahrerbund, Mitgl. Nr. 362 an. Seit 1932 war ich Gauobmann des Juristenbundes für den Gau ‚Gross-Wien‘. Im Jahre 1932 wurde ich von der Obersten SA-Führung zum Rechtsberater der damaligen ‚Obergruppe Oesterreich‘ ernannt. Am 1. Jänner 1932



QUELLE:

Yad Vashem Archives, JM/24849, S. 688[-690]. Originalstandort des Dokuments:
Magyar Nemzeti Levéltár [=Ungarisches Nationalarchiv], K81, 16.068/1938

wurde ich zum Sturmbannführer, am 20. April 1936 zum Obersturmbannführer ernannt.

Durch Verfügung des Reichsministers für Propaganda, Dr. Goebbels, wurde ich zum Reichsfachredner bestellt.

Wegen der damaligen politischen Verhältnisse in Oesterreich begab ich mich im August 1934 ins Reich (München). Ich habe dort das Deutsche Recht studiert, das grosse juristische Staatsexamen abgelegt und wurde vom Führer und Reichskanzler nach Ablegung dieses Examens zum Landgerichtsrat beim Landgericht in München ernannt. Ich habe die Stelle eines Richters bei diesem Gerichte bis zum 14. März 1938 ausgeübt.

An diesem Tage kehrte ich in das nunmehr dem Reiche angegliederte Land Oesterreich zurück und wurde vorerst mit der kommissarischen Leitung der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und das Burgenland betraut und im April 1938 vom Staatsminister für Justiz definitiv [sic!] zum Präsidenten der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und das Burgenland ernannt.

Ich übe meinen Rechtsanwaltsberuf wieder in Wien aus. Meine Kanzlei befindet sich in Wien I., Maysedergasse Nr. 5

Aus dem aktiven Reichsdienst (Richterberuf) bin ich infolge der nunmehrigen Berufsausübung als Rechtsanwalt ausgeschieden.“¹



Dieser Lebenslauf könnte wohl leicht Teil einer Anklageschrift gegen einen hochrangigen österreichischen Nationalsozialisten nach dem Krieg sein. Dem ist aber nicht so: Dr. Georg Freiherr Ettingshausen war ab Sommer 1938 Rechtsberater des ungarischen Generalkonsulats in Wien, und der zitierte Lebenslauf, den er am 12. Mai 1938 übermittelte, ist in den diesbezüglichen Akkreditierungsakten zu finden.² Die Entlassung des bisherigen Rechtsberaters bzw. die Ernennung von Ettingshausen begründete der Generalkonsul in einer Eildepesche an den ungarischen Außenminister am 1. April 1938, also zwei Wochen nach dem „Anschluß“, wie folgt:³ „Ich gestatte mir hochachtungsvoll mitzuteilen, dass unter den geänderten Bedingungen der Austausch des gegenwärtigen Rechtsberaters der hiesigen Botschaft, Dr. Maurus Deutsch wegen seiner nichtarischen Herkunft höchst dringlich notwendig wird.

Als neuer Rechtsberater, sowohl der Botschaft als auch des Generalkonsulats, scheint Dr. Georg Baron Ettingshausen, Wien IV. Schwindgasse 8, geeignet zu sein. Baron Ettingshausen hatte schon früher eine eigene Rechtsanwaltskanzlei in Wien, musste aber wegen seiner nationalsozialistischen Gesinnung 1934 nach München flüchten, wo er als Richter angestellt wurde. In den Tagen unmittelbar nach dem „Anschluß“ kehrte er nach Wien zurück und wurde zum Präsidenten der Rechtsanwaltskammer für Wien ernannt. Zur Zeit hat er gerade wieder eine Kanzlei eröffnet, und zwar als Kompagnon seines Schwagers Dr. Arnulf Hummer, der bis dato als Rechtsanwalt in Wien tätig war, sowie mit Dr. Weber. (...) Da es wünschenswert ist, dass der Rechtsberater der Botschaft bzw. des Generalkonsulats eine Person sei, die über Einfluss bei der NSDAP verfügt – Baron Ettingshausen ist ein hoher SA-Funktionär – gestatte ich mir, Deiner Exzellenz untertänigst vorzubringen, mich wie üblich zur Akkreditierung zu ermächtigen. Es sei mir auch noch gestattet, die geschätzte Aufmerksamkeit Deiner höchstloblichen Exzellenz auf jenen Umstand zu lenken, dass die Ernennung des neuen Rechtsberaters im Interesse eines schlagkräftigen Rechtsschutzes der in Wien lebenden ungarischen Staatsbürger als höchst dringlich erscheint.“

Das Außenministerium reagierte tatsächlich sehr schnell und ernannte Baron Ettingshausen am 9. April 1938 zum Rechtsberater des Wiener Generalkonsulats.⁴ Die zwischen Baron Ettingshausen und dem Generalkonsulat Juni 1938 getroffene Vereinbarung umschrieb seine Verpflichtungen wie folgt: „Der Rechtsberater ist verpflichtet, im Sinne der auf dem Gebiet Österreichs gültigen Gesetze und Verordnungen in allen straf- und verwaltungsrechtlichen sowie finanziellen Belangen im Interesse ungarischer Staatsbürger, Gesellschaften, Vereine und juristischer Personen zu handeln.“⁵

Mit Beginn Sommer 1938 hätten sich für den frisch ernannten Rechtsberater dann tatsächlich auch eine Fülle von Gelegenheiten ergeben, die Anliegen ungarischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger – in erster Linie natürlich von Jüdinnen und Juden – vor den Behörden zu vertreten. Nach dem „Anschluß“ griffen die unterschiedlichsten NS-Behörden Tausende in der nunmehrigen „Ostmark“ lebenden Jüdinnen und Juden bei Straßenrazzien oder Hausdurchsuchungen auf. Die Inhaftierten wurden in „Schutzhäft“ genommen, was in der Regel eine Verschleppung in ein Konzentrationslager bedeutete. Allein zwischen Anfang Mai 1938 und Mitte Juni deportierten die Nazis 5.000 Juden aus Österreich nach Dachau. Darunter befanden sich auch Jüdinnen und Juden mit ungarischer Staatsbürgerschaft. Gleichzeitig wurden die Geschäfte, Betriebe und Fabriken von Juden unter dem Titel „Judenvermögen“ einfach gesperrt, also enteignet. Unter den so Beraubten befanden sich ebenfalls zahlreiche ungarische Staatsbürgerinnen und -bürger. In den nächsten Jahren setzten dann die sog. „Osttransporte“ ein, also die Deportation der Mehrheit der Jüdinnen



und Juden Österreichs in die Konzentrations- und Vernichtungslager des besetzten Polens. Auch unter ihnen befanden sich Jüdinnen und Juden mit ungarischer Staatsbürgerschaft, die diesen Deportationen nicht mehr rechtzeitig entkommen konnten. Ihre in Österreich, in erster Linie in Wien befindlichen Wohnungen blieben – mit allen ihren Wertgegenständen – herrenlos.

Die Mehrheit dieser Angelegenheiten ließen aber Baron Ettingshausen, genauer gesagt seinen Auftraggeber, das ungarische Generalkonsulat in Wien, kalt. Für die überwiegende Mehrheit der Jüdinnen und Juden, die sich an dieses wandten, unternahm es nichts Essentielles. Sein Name taucht meistens nur dann in den Akten des Generalkonsulats auf, wenn der oder die geschädigte Person (auch) in Ungarn prominent war, vor allem aber dann, wenn der herrenlose Nachlass für den ungarischen Staat wichtige Wertsachen, in erster Linie also Kunstwerke beinhaltete.

Für Ersteres sei hier der Fall des Komponisten Imre Kálmán erwähnt: Dieser wollte nach dem „Anschluß“ aus Wien nach London, von dort in die Vereinigten Staaten auswandern. Auf persönlichen Wunsch des Reichsverwesers Horthy, der den weltberühmten Musikschaftern bereits im Rahmen einer persönlichen Audienz empfangen hatte, wurde Kálmán in diesem Unterfangen vom ungarischen Generalkonsulat umgehend unterstützt.⁶ Kálmán reiste am 27. Juni 1938 schließlich in die Schweiz aus: Rechtsberater Ettingshausen hatte in seiner Causa erfolgreich interveniert.⁷

Für die, über sein Generalkonsulat erfolgten Aktivitäten des ungarischen Staates im Bereich des „Kunst- und Denkmalschutzes“ wiederum sei hier ein anderes Beispiel angeführt, das gleichzeitig auch die Arbeitsweise der, die Deportationen der Wiener Jüdinnen und Juden abwickelnden NS-Behörden illustriert:⁸ 1939 stellte die verwitwete Alfrédné Schindler (geb. Mária Aurélia Klein 1864 in Wien) über das Generalkonsulat den Antrag auf Aufrechterhaltung ihrer ungarischen Staatsbürgerschaft. Ohne den Nachweis dieser konnte sie keinen Pass erhalten und damit nicht nach Ungarn einreisen. Das Innenministerium stellte diesen Staatsbürgerschaftsnachweis am 18. Februar 1942 aus, den aber Frau Schindler nicht mehr übernehmen konnte, war sie doch am 6. Februar „nach Polen überstellt“ worden.⁹

Gemäß der offiziellen, dem Generalkonsulat übermittelten Mitteilung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien* vom 16. Jänner 1943, hatte die *Israelitische Kultusgemeinde* Frau Schindler am 6. Februar 1942 in ein Altersheim im Generalgouvernement überstellt.¹⁰

Die in Wahrheit natürlich deportierte Frau Schindler starb in Riga. In Sachen ihres Nachlasses, in dem sich vier wertvolle Gemälde befanden, wandten sich ihre in Ungarn lebenden Verwandten an das ungarische Generalkonsulat. In ihrer Eingabe bezeichneten sie Frau Schindler als „Arierin“, woraufhin das Generalkonsulat in seinem Bericht an das Außenministerium bezüglich der Abstammung von Frau Schindler (unter Bezugnahme auf den Bericht der *Zentralstelle*) folgendes ausführte: „Aus den im Generalkonsulat aufliegenden Unterlagen stelle ich fest, dass Frau Schindler mit Vermittlung der hiesigen israelitischen Gemeinde in ein jüdisches Altersheim im Generalgouvernement übersiedelt wurde. Ich kann nicht annehmen, dass hiesige Gemeinde sich mit Genannter beschäftigt hätte, wenn sie ihre arische Herkunft bestätigen konnte, bzw. sie festgehalten hätte, dass eine Feststellung ihrer arischen Abstammung im Laufen sei. Es ist wohl nur selbstverständlich, dass die Reichsbehörden auch bei ausländischen Staatsbürgern eine arische Abstammung ausschließlich auf der Grundlage der Nürnberger Gesetze feststellen.“¹¹ Allein in der Causa des Nachlasses wurde der Rechtsberater des Generalkonsulats im Mai 1944 aber sehr wohl aktiv, und noch im September 1944 versuchte das ungarische Justizministerium den



wertvollsten Teil des Nachlasses, die vier Gemälde für Ungarn zu sichern.¹² Das Außenministerium des Pfeilkreuzler-Regimes, das bereits aus dem belagerten Budapest nach Westen geflüchtet war, korrespondierte sogar im Februar 1945 aus Szombathely in der Angelegenheit noch intensiv mit dem Wiener Generalkonsulat.¹³

1942 hätte die damals 78-jährige verwitwete Alfrédné Schindler der Deportation noch entkommen können, wenn die ungarischen Behörden die Ausstellung des Staatsbürgernachweises nicht drei Jahre lang verzögert hätten. Im Besitz eines ungarischen Reisepasses hätten die NS-Behörden, die die Auswanderung damals noch durchaus förderten, einer Übersiedlung von Frau Schindler nach Ungarn sicherlich keine Hindernisse in den Weg gestellt. So aber musste sie in Riga sterben. Über ihren Nachlass erlangte der ungarische Staat ausschließlich über ihre in Ungarn lebende Verwandtschaft Kenntnis. Da er in diesem wertvolle Kunstwerke vermutete – die Verwandten hatten ja vier Gemälde erwähnt – setzte er alles in Bewegung, um in Besitz desselben zu gelangen.

Vor dem „Anschluß“ lebten 180.000 Jüdinnen und Juden in Österreich, 165.000 davon in Wien. Ende 1942 waren nur mehr 8.600 von ihnen in Wien, überwiegend Menschen in Mischehen, der Rest war entweder ausgewandert oder deportiert. Die rechtliche Betreuung jener Jüdinnen und Juden ungarischer Staatsbürgerschaft, die zwischen 1938 und 1942 aus Österreich vertrieben und deportiert worden waren, hatte das ungarische Generalkonsulat – von wenigen Ausnahmen abgesehen – niemals als seine Aufgabe erachtet. Anfragen oder Ersuchen um rechtliche Hilfestellung an die Botschaft wurden zwar den zuständigen Ministerien übermittelt, mehr aber nicht unternommen. Es war der Botschaft sehr bewusst, dass sobald sich diese Angelegenheiten im behördlichen Dschungel verlaufen, diese sich gewissermaßen „automatisch“ erledigen: Bei Zustellung der – im übrigen in der Regel abschlägigen – Antwort des jeweiligen Ministeriums würde die Antragstellerin oder der Antragsteller nicht mehr unter ihrer oder seiner Wiener Wohnadresse erreichbar sein ...

Ebensowenig unternahm das Generalkonsulat etwas in Sachen der 1944/45 nach Österreich zur Zwangsarbeit deportierten Jüdinnen und Juden aus Ungarn. Wie aus dem erhalten gebliebenen Aktenmaterial hervorgeht, beschäftigte es sich nur in Ausnahmefällen mit deren Angelegenheiten. Einer dieser Fälle war, als acht, in Hof-Reinthal in der Landwirtschaft tätige jüdische Zwangsarbeiter aus Ungarn dem ungarischen Generalkonsul in Graz schrieben, er möge sich dafür einsetzen, dass sie einmal im Monat ihren nichtjüdischen Ehefrauen in Szeged, Kunszentmárton und Baja schreiben dürfen. Allein auch diese Eingabe ging im Irrgarten des behördlichen Schriftwechsels zwischen Wien und Graz verloren.¹⁴

Während also das Wiener Generalkonsulat und Rechtsberater Baron Ettingshausen alles unternahmen, um – meistens erfolglos – ungarisch-jüdisches Eigentum für den Staat zu sichern bzw. um – in der Regel erfolgreich – Prominenten, die dem Ruf und Ruhm des Landes dienlich waren, einen Fluchtweg zu sichern, wurden mehrere Jüdinnen und Juden deportiert, die entweder in Ungarn geboren worden waren oder deren Verwandte da lebten. Für diese Menschen unternahm der ungarische Staat nichts. Der „schlagkräftige Rechtsschutz der in Wien lebenden ungarischen Staatsbürger“, mit dem der Wiener Generalkonsul die Notwendigkeit der Ernennung des neuen Rechtsberaters im Sommer 1938 begründet hatte, erwies sich als leere Phrase. Der ungarische Staat hatte seine Staatsbürgerinnen und -bürger nicht geschützt, er hatte lediglich versucht, ihr Vermögen zu ergattern.

*Kinga Frojimovics, Historikerin, Yad Vashem, Jerusalem; 2013/14 VWI-Research Fellow
frojimovicsk@gmail.com*



Zsolt K. Horváth

Zum Foto eines Arbeitsdienstlers

Ferenc Mérei (1909-1986), der spätere Psychologe und Pädagoge, wurde 1942 zum Arbeitsdienst einberufen und zuerst in die Ortschaft Háros bei Budapest, dann nach Szentkirályszabadja am Balaton abkommandiert. Nach anonymen Beschwerdebriefen über die Zustände suchte eine Abordnung des Ministeriums seine Kompanie auf. Die angetretenen Arbeitsdienstler wurden gefragt, wer diese Briefe verfasst habe, woraufhin sich natürlich niemand meldete, niemand die Verantwortung übernahm. Nach kurzem Überlegen trat Mérei aus der Reihe: „Den Brief habe ich zwar nicht verfasst, aber ich könnte schon einiges darüber erzählen, was hier so läuft.“ Andere schlossen sich ihm an und berichteten über das Lagerleben. Als „Belohnung“ für die Courage, die Lebensumstände im Lager zur Sprache gebracht zu haben, fanden sie sich in einer Strafkompagnie an der Ostfront wieder.

Unsere Quelle ist eine Fotografie, die – so Ferenc Mérei – bei der Einwaggonierung der Kompanie in einen Zug in der Ukraine entstanden ist. Es gelang ihm, dieses Bild unter bis jetzt, auch im internen Familienlegendarium ungeklärten Umständen seiner Frau zukommen zu lassen, und so ist es im Familienarchiv erhalten geblieben. Was thematisiert, was suggeriert dieses Bild? Können wir aus diesem Porträt irgendetwas ableiten? Warum mochte Mérei wohl genau dieses Bild seiner Frau geschickt haben? Enger gefasst, wie ist dieses Bild in die Interaktion zwischen Ehepartnern unter den Bedingungen des Arbeitsdienstes einzupassen; weiter gefasst, was sagt es uns über den Erfahrungsraum „Holocaust“? Näher und gründlich betrachtet, zeigt ja das porträtierte Gesicht nicht etwa Leid, Qualen oder Demütigung, sondern hält vielmehr ein warmes, liebevolles Lächeln fest. Warum wohl? Wie ist dies heute unter Beachtung des oben kurz skizzierten Kontextes zu verstehen? Und wie kann es in den Repräsentationskontext des Holocaust eingefügt werden, in dessen Zentrum – dem Konsens der Erinnerung, aber auch den Tatsachen entsprechend – ja doch das Leid steht?

Die Fotografie als historische Quelle ist ein heikles Gelände, ein Terrain, das großer Umsicht bedarf. Überhaupt ist die Definition der Fotografie als Dokument vielleicht auch deshalb irreführend, weil letztlich fast jeder Fotografien anfertigt, alle schon eine betrachtet haben – weshalb es schwierig ist, einer naiven Interpretation des Bildes zu widerstehen. Walter Benjamin übt in seinem bekannten Essay „Kleine Geschichte der Photographie“ 1931 – die Amateurfotografie mit einem Jäger vergleichend, der vom Hochstand das Wild zum Zweck der Beute abschießt – eine durchaus

**QUELLE:***Privatbesitz**Foto, Originalgröße 13 x 8 cm*

geistreich-witzige Kritik am „Knipsen“ eines dilettierenden Fotografen. Eine ähnliche Kritik wäre auch an der amateurhaften Bildbetrachtung angebracht. Betrachteten wir nun unser Bild ohne besondere Reflexion, nur mit der Ahnung, dass es in der Zeit des Zweiten Weltkriegs entstanden ist, dann könnte diese naive Bildinterpretation uns meinen lassen, es sei ein fröhliches Bild. Der sanftmütige Blick, das innig-intime Lächeln suggeriert, dass der Abgebildete glücklich, sorgenlos sei. Aber wie schon erwähnt, ist das Amateurbild im Arbeitsdienst entstanden, und die Umstände seiner Entstehung verunmöglichten es *ab ovo*, die Kameraeinstellungen zu verändern, das Bild zu retuschieren – also jedwede schon zu dieser Zeit bekannte Raffinesse der Fotoproduktion.

Zur Klärung des genauen Kontextes des gefundenen Objekts ist vielleicht auch jener Umstand nicht unerheblich, dass die Eltern von Ferenc Mérei, Géza Mérei und Valéria Klein, Fotografen waren und seit dem 24. November 1904 unter *Mérei & Co.* ein eigenes Atelier im *Garay Bazár* in der Budapester Thököly út 28 unterhielten. Hinter dem *Co.* versteckte sich auch nicht gerade irgendjemand, sondern der zu dieser Zeit bereits anerkannte Fotograf Mór Erdélyi, Besitzer mehrerer Fotoateliers, Autor zahlreicher Bücher und Inhaber einflussreicher, prestigeträchtiger Positionen, so eines Vizepräsidenten des *Landesverbandes der ungarischen Fotografen*. Das Geschäft von Géza Mérei und Valéria Klein befand sich in dem, im Volksmund als *Chicago* bezeichneten, nicht gerade vornehmen Stadtteil Budapests. Ihre Arbeit bestand zum größten Teil aus der Herstellung von Ausweisporträts, oder wie sie zu dieser Zeit



bezeichnet wurden: Kleberücken. Damals waren in Budapest 81 Fotoateliers eingetragen, von den einfachen Marktfotografen bis zu den Studios der Stars wie Mór Erdélyi und György Klösz. „Meine Eltern waren,“ so Ferenc Mérei in einem seiner Interviews, „Marktfotografen. [...] Das frühe Abbilden funktionierte ja so, dass man allerlei Volk aufstellte, [der Fotograf] sich mit einem schwarzen Tuch zudeckte. Meine mittellose Kindheit verbrachte ich damit, dass einmal mein Vater, einmal meine Mutter oder manchmal beide oder keiner von beiden unter dieses Tuch tauchten. [...] Dieses Fotoatelier war also ein ganz besonderer Ort.“

Allein solche Spitzfindigkeiten gingen Ferenc Mérei sicher nicht durch den Kopf, als er sich am Anfang seines Arbeitsdienstes fotografieren ließ. Aber seine Kindheits-erlebnisse mochten die Entscheidung, ein Foto nach Hause zu schicken, durchaus beeinflusst, zumindest vorgeprägt haben. Und er war sich sicherlich dessen bewusst, was und wie er auf diesem Weg mitteilen wollte. Weder Háros noch Szentkirályszabadja waren mit den Bedingungen des Arbeitsdienstes in der Ukraine vergleichbar, aber dieser Unterschied war ihm sicher nicht wesentlich. Betrachten wir die Fotografie als eine Quelle, die mindestens genau soviel zeigt, wie sie verhüllt, dann lohnt es sich hier und jetzt, sich einige Besonderheiten der ikonologischen Methoden von Aby Warburg ins Gedächtnis zu rufen, mit deren Hilfe er sich eben der traditionellen, enthusiastischen, lyrisch-sentimentalen Interpretation eines Bildes entziehen wollte. Wir meinen, die Aussagen eines Bildes, hier einer Fotografie können nur mit den ihm zuzuordnenden sozialen, politischen, künstlerischen und biographischen Bezügen, sowie mit Dokumenten der wirtschaftlichen Beziehungen von Personen und Institutionen gemeinsam erschlossen werden. Und so wollen wir der uns vorliegenden Quelle auch andere Dokumente zuordnen, hauptsächlich die in der Zeit des Arbeitsdienstes geschriebenen, in der Regel vorformulierten Postkarten oder längere oder kürzere Abschnitte aus Méreis Briefen (die er unter Umgehung der Lagerpost seiner Frau Valéria Mérei zukommen lassen konnte).

In ihrem Lebensinterview hielt Valéria Mérei fest, dass diese Korrespondenz (die maximal zwei Briefe im Monat bedeutete), mag sie nur eine wortkarge Postkarte gewesen sein, doch zumindest „ein Lebenszeichen war“. Der Inhalt war dabei gar nicht so wichtig: „Die Handschrift war das wertvollste“, war sie doch ein Beleg dafür, dass der oder die Andere am Leben war. Natürlich war auch das Mitgeteilte auch von Bedeutung, liest sie doch im Rahmen des Interviews aus diesen Schreiben immer wieder eine schöne Passage vor. Es ist anzunehmen, dass neben der Zeichenhaftigkeit der Handschrift, die belegte, dass der Absender existierte, das Zeugnis der per Hand geschriebenen Zeichen eine Garantie dafür war, dass der oder die Andere nicht nur existierte, sondern auch lebte. Allein die von Mérei verfassten Postkarten klingen keineswegs klagend oder verzweifelt. In seiner allerersten Postkarte vom 21. Dezember 1942 heißt es: „Meine liebe, kleine Vera, nach einer langen Reise sind wir nun angekommen. Es ist uns gelungen, mit der ganzen Ausrüstung an unseren Zielort zu kommen. Wir arbeiten dahin wie in Szabadja, haben mindestens einmal in der Woche Möglichkeit, uns zu waschen. Wirklich kalt war es bis jetzt noch nicht, gefroren habe ich noch nie. Wir sind in einem Städtchen mit wunderschöner Lage, unser Weg führte uns durch traumhaft schöne, verschneite Felder. Hoffentlich beginnen wir bald mit der Arbeit. Wir können uns zweimal im Monat schreiben. [...] Bitte vergiss nicht Frau Ferenc Müller, Újpest, Arany J. utca 3., 100 Pengő zu zahlen, die ihr Mann für mich in Mogyoród ausgelegt hat. Den Burschen geht es gut. Es umarmt und küsst Dich, Eszter, István [...] und Großmutter, Feri.“

Eine gewisse Ratlosigkeit erfüllt einen nach Lesen dieses Schreibens: Die Intentionen Méreis sind bei einer, im Krieg starker Zensur ausgesetzten Kommunikations-



form nur schwer zu ergründen. Der ehemalige Arbeitsdienstler Oszkár Zsadányi beschreibt diese Situation in seinen Erinnerungen wie folgt: „Meine Liebe Frau! Mutter (Diese Änderung wurde gnädigerweise gestattet.) Freudig teile ich mit, dass ich gesund bin und mich wohlfühle, was ich auch von Ihnen erwarte. Es küsst Sie in Liebe: (Unterschrift)“. Diese wenigen nichtssagenden Zeilen waren alles, was der Kommandant uns zu schreiben gestattete. Allein ein Wort hinzuzufügen, war ein Vergehen, wofür der Brief bzw. die grüne Lagerpostkarte zerrissen wurde.“ Wie immer wir auch Méreis Brief lesen, ist er – da intim gehalten – im objektiven Sinn des Wortes und was die Referenzen betrifft in keinsten Weise informativ, gleichzeitig aber – und wir werden das auch noch bei anderen Briefen sehen – überaus reich an Emotionen. Die Beschreibungen „Städtchen mit einer wunderschönen Lage“ oder „traumhaft schöne, verschneite Felder“ liefern uns nicht jene Repräsentation des Arbeitsdienstes, über die wir heute verfügen – und dies kann natürlich mehrere Ursachen haben. Die eine ist die oben angesprochene Frage der Macht, die Anbetracht der Umstände jede negative Feststellung eliminiert hätte – und sich so ein solches Risiko gar nicht gelohnt hätte. Die andere kann die Motivation sein, dass Mérei – auch wenn er darunter litt – die Zuhausegebliebenen nicht belasten, Beunruhigung, Sorgen erwecken wollte und so bemüht war, beruhigend zu wirken, zu schreiben. Kennt man seine Erinnerungen, taucht aber ein weiteres Moment auf, die Idee nämlich, dass er sich tatsächlich wohlfühlte, oder zumindest bemüht war, sich wohlfühlen – auch wenn er durchaus Schwierigkeiten hatte (wie zum Beispiel Flecktyphus, den unter diesen Umständen kaum jemand überstand), er diese aber aus den weiter oben ausgeführten beiden Gründen nicht zur Sprache brachte.

Wir glauben, dass es zielführend wäre, die Erfahrungen von Mérei aus diesem Dreieck heraus zu analysieren. Über seine Krankheiten schreibt er vollkommen beruhigend in der Vergangenheitsform („habe die Frühlingskrankheit vollkommen auskurirt ... auch mein Ohr ist schon wieder in Ordnung“ [3. Juli 1943]). Die Redewendung „mir geht es gut, bin gesund“ ist verständlicherweise eines der wichtigsten, als Topos wiederkehrenden, funktionalen Elemente der Postkarte, ebenso wie die liebevolle, intime Anrede „meine teure, kleine Vera“ oder das fortwährend bekundete Interesse für die Kinder (eine der schönsten Formulierungen: „Bitte hab' die Kinder auch statt mir lieb!“). Im Gegensatz zu allen Erörterungen was das Jetzt betrifft, im Gegensatz zu allen Verweisen auf das Primat des *Hic-et-Nunc* ist auch der Gedanke an die Zukunft, deren Entwurf, ein Leitmotiv: Rein theoretisch betrachtet ist auch dies nur ein Kürzel für eine normale und nicht krankhafte Lebenseinstellung und die Planung dieser Zukunft – was in einem theoretischen Sinn das Zeichen für eine gesunde, normale (also nicht kranke) Auffassung des Lebens ist.

Es ist wohl offensichtlich, dass in dieser sprachlich und inhaltlich stark strukturierten Briefform einer individuellen Mitteilungsförm nur wenig Platz bleibt. Die bekannten, in seinem Nachlass gefundenen Sätze von István Örkény – „Ich gehe weder in die Oper noch ins Konzert. Zur Zeit lege ich in erster Linie darauf Wert, am Bauch zu rutschen und Menschen zu ermorden“ – sind sicher eine Ausnahme. Ferenc Méreis Brief vom 15. Jänner 1943 (drei Tage nach dem militärischen Kollaps der ungarischen 2. Armee bei Woronesch!) entspricht zum Beispiel dieser Struktur: Er berichtet über den Einbruch der großen Kälte, ohne Celsiusgrade zu erwähnen (von István Örkény wissen wir, dass die Temperatur – 47 Grad war!), oder er beschreibt, wie er versucht habe, wärmere Kleidung aufzutreiben. Er berichtet über die Lebensmittelversorgung („Fleisch gibt es jeden Tag“), verweist auf die Arbeit, die „immer leichter von der Hand geht“, bzw. auf die Freizeit, in der er am Liebsten in der Bibel schmökere. Er erwähnt die Schwangerschaft bzw. die nahende Niederkunft seiner



Frau und verfügt, dass wenn „das zweite ein Junge ist, so soll sein Name András sein, falls ein Mädchen, dann ihrer Judit“.

Im Gegensatz zu den weniger gebildeten oder mit weniger lyrischen Gefühlsregungen ausgestatteten Soldaten, bei denen die mangelnde Interpunktion sofort ins Auge springt, findet sich in Ferenc Mérei Postkarten keine einzige Inkorrektur: Seine Rechtschreibung ist ausgezeichnet, das Schriftbild trotz aller widrigen Umstände schwungvoll und einheitlich, die Sätze (selbst in den kürzesten Briefen) stilistisch ausgezeichnet, das Mitzuteilende ist bei allen Grenzen der Möglichkeiten des Genres voller Gefühle und Liebe.

Postkarten und das Foto gemeinsam enthüllen also schon viel mehr als das Bild allein. Aber trotz dieses Zusammenwirkens von Bild und Text, trotz der beschwingten Homogenität der Mitteilung kann wohl niemand behaupten, dass der Arbeitsdienst eine angenehme Beschäftigung gewesen sei. Selbst dann nicht, wenn Mérei dies in seinen späteren Memoiren oder im Filmporträt von Péter Forgács *expressis verbis* es formulierte. Das Bild, der Brief, die Erinnerungen im Alter oder das Filmporträt sind alle nur Dokumente, die einer Dekodierung harren, im Zuge derer Analyse wir niemals die Umstände ihrer Entstehung und die Absicht hinter dieser Kommunikation außer Acht lassen dürfen. Von daher betrachtet ist die Mitteilungsstrategie der zeitgenössischen, synchronen Dokumente (also des Bildes und der Postkarten) eindeutig: Regelmäßigkeit und inhaltliche Heiterkeit gewährleisten die Unbesorgtheit der in Budapest gebliebenen Familienmitglieder (der Ehefrau, der Kinder, der Mutter), weshalb er alles Unangenehme meidet. Formuliert er etwas Schlimmes, dann ausschließlich in der Vergangenheit. Diese nachzeitigen Dokumente drücken aber den Anspruch aus, sich die Souveränität auch mit zusammengepressten Zähnen bewahren zu wollen, bzw., dass Ferenc Mérei selbst unter den schlimmsten, unmenschlichsten Bedingungen Haltung zu bewahren, Halt zu finden wusste. Mehr noch, der psychologischen Theorie über das intensive Leben entsprechend, erwies er sich auch noch dazu fähig, dass er sein Leben unter den gegebenen Umständen genießen konnte. Auch wenn er vereinzelt in Interviews durchaus zugab, dass der Arbeitsdienst an sich schlimm gewesen sei, so betonte er doch immer wieder, wie stolz er sei, dass – er nachdem er sich der *Roten Armee* angeschlossen hatte – seine Familie und seine Heimat, nämlich Ungarn, mit der Waffe in der Hand verteidigt habe. Den Moment, als er unter dem Kommando von Béla Illés, nunmehr als Mitarbeiter der von der *Roten Armee* für das befreite Ungarn herausgegebenen Zeitschrift *Új Szó* am Verecke-Pass die ungarische Grenze überschritt, betrachtete er immer als einen neuen Abschnitt seiner Lebensgeschichte. Die Szene in dem bereits erwähnten Filmporträt *Episoden aus dem Leben von Professor F. M.*, in der Mérei stolz über seine sowjetische Auszeichnung spricht, verweist *nolens-volens* auf jene Souveränität, dass sich weder Mérei noch seine Familie nach 1945 als passive Opfer sahen, sondern als aktive Helden. Sie mussten zwar alle Schrecken und Übeltaten, die damals Jüdinnen und Juden betrafen, erleiden, aber dieses Angewiesensein aufeinander, das sich sowohl textlich als auch bildlich manifestierte, als auch die mit und in der Zukunft denkende politische Teleologie gab ihrem Leben selbst unter den schwersten Bedingungen ein Ziel.

Ferenc Mérei ist sicher ein ganz außergewöhnlicher Fall: Das ruhige, zugleich heitere, auf seine Innigkeit verweisende Lächeln ist Ausdruck dieses Außergewöhnlichen.

Zsolt K. Horváth, Historiker, ELTE-Universität Budapest
khzs@hotmail.com



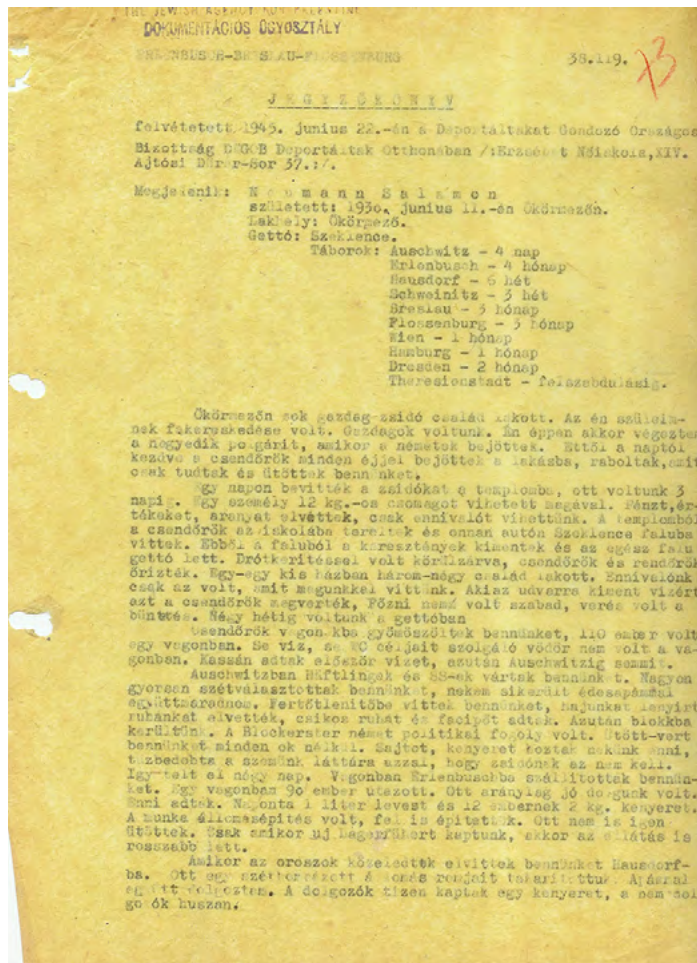
Rita Horváth

Ein Protokoll

Eine wissenschaftliche Gedenkveranstaltung anlässlich eines Jahrestags verfolgt wohl zwei Ziele: eine Erforschung des Holocausts als historisches Ereignis und die Erinnerung an das Geschehen selbst. Bei wissenschaftlichen Arbeiten, die im Rahmen eines Jahrestages entstehen, ist diese Interaktion zwischen Forschen und Erinnern noch viel augenfälliger, noch viel spektakulärer als sonst, gerät doch die Funktion des Gedenkens in den Vordergrund und kommt – parallel dazu – die Rolle des Gedenkens innerhalb der Forschungsarbeit viel klarer und eindeutiger zur Geltung. Für Forscherinnen und Forscher sind die Fragen der Forschung und der Erinnerung ja immer eng miteinander verbunden, berührt doch das historische Trauma des Holocaust viele von ihnen oft auch persönlich: Es ist bekannt, dass unter den Vertreterinnen und Vertretern der Holocaust-Studien oft Überlebende, Kinder oder Enkel von Überlebenden oder andere betroffene Personengruppen vertreten sind.

Ebenso wie der Begriff der Forschung ein mehrschichtiger ist, so verbergen sich hinter dem Begriff des Gedenkens mehrere zusammenhängende, zum Teil identische Konzeptionen: Erinnern, Mahnen und Gedenken. Dieses Dreigespann wiederum ist mit dem Anspruch einer Dokumentation des Holocaust als historisches Ereignis untrennbar verbunden. Die Wichtigkeit der Erinnerung an die Geschehnisse und Opfer des Holocaust gemeinsam mit dem Anspruch auf Dokumentation riefen gerade auch jene Projekte ins Leben, deren Ziel die Sammlung von Zeugenaussagen und -berichten war. Diese stehen auf zweifache Weise mit der heutigen Holocaust-Forschung in Verbindung: Einerseits schufen sie den Korpus an Aussagen, der erst eine Forschung in dieser Richtung ermöglichte, andererseits sind die Vorbereitungsarbeiten für die Protokollierung der Zeugenberichte – so zum Beispiel die Formulierung der Fragebögen – ja schon einer der frühesten Beiträge zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des Holocaust.

Die Bedeutung dieser ersten protokollierten Zeugenaussagen als Quelle ist inzwischen von der Geschichtsschreibung allgemein anerkannt. Nichtsdestotrotz wird das Instrumentarium, das eine systematische Quellenkritik der, zur Dokumentation dieser traumatischen, historischen Ereignisse entstandenen Aussagen überhaupt ermöglicht, erst jetzt von unterschiedlichen, sich mit der Traumatheorie beschäftigten Disziplinen ausgearbeitet: von der Literaturwissenschaft, von der Psychologie, der Soziologie, der Linguistik und der Historiographie.



QUELLE:

Magyar Zsidó Levéltár [=Ungarisches Jüdisches Archiv], Budapest; Deportáltakat Gondozó Országos Bizottság [=Landeskomitee für die Betreuung der Deportierten], DEGOB jkv. 73.

Eine der wichtigsten Sammlungen früher Holocaust-Testimonies ist mit dem ungarischen *Landeskomitee für die Betreuung der Deportierten* – DEGOB verbunden: Schon im Frühling 1945, noch bevor ganz Ungarn von der NS- und Pfeilkreuzlerherrschaft befreit worden war, gründeten mehrere ungarische jüdische Gemeinden und Organisationen die in Budapest ansässige DEGOB, deren erstrangiges Ziel die Hilfe und Unterstützung der zurückkehrenden Überlebenden und die Protokollierung des im Holocaust Erlebten war.

In den Jahren 1945/46 nahm die DEGOB so mehr als 4.600 Zeugenaussagen und -berichte, in der eigenen Terminologie Protokolle auf: 3.570 sind uns erhalten geblieben. Sie beinhalten die Aussagen von 4.872 Überlebenden. Die gravierende Mehrheit der Protokolle – 2.911 – halten individuelle Schicksale fest, aber es gibt auch welche, die die Schicksale ganzer Gruppen wiedergeben.

An dieser erwähnten Schnittstelle von Forschung und Erinnerung werde ich nun ein DEGOB-Interviewprotokoll vorstellen, worin ein junger Mann über sein Schicksal berichtet. Der Bericht wurde nach seiner Rückkehr nach Budapest aufgenommen, am 22. Juni 1945, als das Erlebte noch sehr präsent war. Der Bursche war gerade einmal 14 Jahre alt, als er und seine Familie nach Auschwitz deportiert wurden.



Er beginnt seine Erzählung mit der Ghettoisierung und Deportation. Von seinem Wohnort, in Ökörmező, dem heutigen Mischhirja in der Karpato-Ukraine, kam er in das Ghetto von Szeklence (Sokirnicja), von dort nach Auschwitz. Gemeinsam mit seinem Vater wurde er von dort in die unterschiedlichsten Arbeitslager verschleppt, aus einem versuchten sie zu flüchten. Er verlor seinen geschwächten Vater bei einem der Todesmärsche. Danach arbeitete er mit anderen Burschen im Krematorium des KZ Flossenbürg. Im Bericht beschreibt er detailliert den Prozess der Leichenverbrennungen, sogar den Tod eines Bekannten aus Ökörmező, dessen Leiche ausgerechnet er verbrennen musste. Von Flossenbürg kam er noch in andere Lager und wurde schließlich in Theresienstadt befreit.

Dieses Protokoll ist in gewisser Hinsicht typisch, anders gesehen aber auch atypisch, ja mehr noch: es ist außergewöhnlich. Seltenheitswert hat dieses *DEGOB*-Protokoll Nummer 73 deshalb, weil es ein mit einem Kind angefertigtes, individuelles Interview ist. Unter den fast fünftausend Zeugenberichten von Überlebenden, die 1945/46 protokolliert wurden, befanden sich insgesamt 119 Kinder, also 2,5 Prozent aller Zeuginnen und Zeugen. Als Kinder werden jetzt alle jene erachtet, die 1930 oder danach geboren wurden und so 1944, als die Massendeportationen der Jüdinnen und Juden Ungarns einsetzten, 14 Jahre jung oder jünger waren.

Von den 119 überlebenden Kindern, die für die *DEGOB* eine Aussage machten, wurden bei 54 individuelle Protokolle angefertigt, die anderen kamen nur im Rahmen von Gruppenberichten vor und kamen so in der Regel überhaupt nicht oder nur kaum zu Wort. Nur im Fall zweier Interviews berichten je zwei Kinder, die anderen kommen in der Regel immer nur zusammen mit Älteren vor und erzählen nie über ihre eigenen, von der Gruppe vielleicht abweichenden Erlebnisse.

Dass es so wenige mit Kindern aufgenommene *DEGOB*-Protokolle gibt, hat historische Gründe, haben doch wenige Kinder die Deportationen überlebt. Aber es gibt auch einen anderen – und dieser liegt in den Zielsetzungen jener Organisation, die diese Zeugenberichte aufnahm. Die *DEGOB* wollte – neben einer für die Nachwelt breit angelegten, für sich stehenden historischen Dokumentation – grundsätzlich auch und unter Zuhilfenahme der Überlebenden aus ganz praktischen Erwägungen und Zwecken eine Ereignisgeschichte des Holocaust der Jüdinnen und Juden Ungarns produzieren. Unter diesen Zielen befanden sich auch die Einleitung von Strafrechtsprozessen und Volksgerichtsverfahren, aber auch Todeserklärungen und Nachlassverfahren. Für solche rechtlichen Fragen war es aber zielbringender, Protokolle mit Erwachsenen anzulegen, die auch in formal-juristischer Hinsicht einsetzbar waren. Diese Absicht ist auch daran erkennbar, dass – während bei der überwiegenden Mehrheit der Gruppenaussagen die Protokollführer bemüht waren, allen eine Stimme zu verleihen (oder zumindest auch jene zu Wort kommen zu lassen, deren Erfahrungen von jenen der anderen im Protokoll vorkommenden abwichen) – bei Gruppen, in denen Kinder vertreten waren, wir in der Regel nie etwas über ihre eigene Geschichte erfahren. Ihre Erlebnisse werden fast ausnahmslos, wenn überhaupt, von älteren Verwandten, in der Regel älteren Geschwistern oder einem Elternteil wiedergegeben.

Frühe Zeugenaussagen erscheinen auf den ersten Blick als wortkarg und emotionslos. Die Emotionslosigkeit ist natürlich nur Schein, dennoch müssen wir sehr spezielle literaturwissenschaftliche und psychologische Techniken der Textanalyse und -interpretation anwenden, damit die traumatisch-emotionale Aufladung der Aussagen spürbar wird. Oft kann der Zeuge nicht über gewisse Erlebnisse oder Verluste sprechen, um zu verhindern, dass das Trauma aufbricht – aber im Allgemeinen ist die Gegenwärtigkeit der unaussprechlichen und unausgesprochenen Dinge in den



Texten auf unterschiedlichste Weise durchaus manifest. Die Emotionalität zeigt sich dann eben im Verschweigen, in der Stille.

Auch aus diesem Grund ist Protokoll Nummer 73 typisch und atypisch zugleich. Es ist von tiefer Stille geprägt, gleichzeitig berichtet aber der Junge lang und ausführlich über den Verlust des Vaters. Die Stille dieses Protokolls zeigt am besten, wenn der Zeuge über einen der aufwühlendsten Momente der Deportation, die Ankunft in Auschwitz und die erste Selektion berichtet: „In Auschwitz erwarteten uns Häftlinge und SS-ler. Wir wurden sehr rasch getrennt, mir gelang es, mit meinem Vater zu bleiben.“ Die Beschreibung ist kurz und sachlich. Wir erfahren nicht, welche Familienangehörigen er verlor, welche sofort ins Gas geschickt wurden, welche in ein Frauenlager kamen. Wie groß seine Familie genau war, wen der Bursche verlor, werden wir während des ganzen Berichts nie erfahren. Aus dem ersten Satz können wir nur auf den Verlust seiner Mutter schließen, mehr nicht.

Erst im Lichte dieses Unaussprechlichen wird augenfällig, wie sehr der detailliert vorgetragene Bericht über den Verlust des Vaters im Zentrum der Geschichte steht. Schon bei der Darstellung der Ankunft in Auschwitz hebt er hervor, dass es ihm gelungen sei, „mit seinem Vater zu bleiben“. Von hier an erzählt der Bursche ihre gemeinsame Geschichte – bis der Vater erschossen wird. Den immer stärkeren emotionalen Strudel zeigt auch wie die Verwendung der Worte „mein Vater“ und „Papa“ schließlich von „Paps“ abgelöst wird. Selbst die letzten, an ihn gerichteten, liebevollen Worte seines, zu Tode geschwächten Vaters vermag er noch zu zitieren, zu erklären: „Ungefähr drei Kilometer vor Flossenbürg stürzte er und sagte: ‚Mein kleiner Schuli, mir ist schlecht‘ – zu Hause nannte er mich ja immer Schuli. Ich nahm ihn auf den Rücken, ging weiter, schaffte aber nur einen halben Kilometer.“ [Hervorhebungen, R.H.]. Wir wissen, wie sehr die Zitierung eines Anderen im eigenen Sprechen große Emotionen bewirkt – können also nachvollziehen, was dies in diesem Kontext bedeutet.

Der Bericht über den Tod des Vaters bildet eine scharfe Zäsur, einen Einschnitt. Zwar sind auch die weiteren Teile des Interviews detailliert und informativ, aber inhaltlich und stilistisch schon vollkommen anders. Von hier an ist er immer unter seinen Altersgenossen: „In Flossenbürg habe ich im Krematorium gearbeitet. Wir waren dort zwölf, lauter Burschen wie ich.“ Dasselbe gilt für die Erzählung über den Tod und die Verbrennung des ihm noch aus seinem Heimatort bekannten Joel Landau. Der Satz – „Ich habe ihn ins Feuer geworfen, aber die Verbrennung selbst wollte ich nicht mehr sehen.“ – ist psychologisch ganz und gar wichtig und steht im engen Konnex zum Tod des Vaters und seiner Rolle. Der Bericht endet mit einer sehr positiven Beschreibung des Moments der Befreiung, dessen aktives Erleben er damit unterstreicht, indem er betont, er spreche Russisch: „Ich kann Russisch, ich begann zu schreien, dass wir hungrig seien, wir etwas essen wollen. Sie gaben uns zu essen, die Tore gingen auf, wir waren frei.“

Der Grund dafür, dass unsere Quelle – vor allem was andere frühe Zeugenaussagen, aber vor allem andere *DEBOG*-Protokolle betrifft – so informativ geriet (sowohl was die Stärke der historischen Dokumentation betrifft als auch im psychologischen Sinn), ist vermutlich in der Rolle der anderen Akteurin dieses Interviews zu suchen, namentlich jener Person, die es führte. Im Falle von Protokoll Nr. 73 war dies Márta Bíró.

Beim Leser der Protokolle darf man niemals vergessen, dass sie das Produkt eines Interviews waren, bei dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *DEGOB* sich auf einen Fragebogen stützten. Da dieser mehrere hundert, nach Komplexen geordnete Fragen beinhaltete, die Protokolle in der Regel aber nur drei bis sechs Seiten umfassten, liegt auf der Hand, dass es von den einzelnen Protokollführerinnen und



-führern abhing, welchen Komplex sie oder er betonte, welche Fragen sie oder er überhaupt stellte.

Es fällt deshalb so leicht, die Produzentinnen und Produzenten dieser Interviews beim Lesen der Protokolle zu vergessen, weil sie, nachdem sie das Interview in Schnellschrift aufgezeichnet hatten, sie – unter Auslassung der Fragen – alles zusammenfassten und als einheitliches, laufendes Narrativ mit einer Schreibmaschine abtippten.

Das Protokoll 73 ruft die Rolle jener in Erinnerung, die die Interviews führten, die Protokolle aufnahmen. Márta Bíró, die 213 Protokolle verfasste, nahm in ihren Gesprächen besonders viele Fragegruppen auf, bestand immer auf sehr detaillierte Antworten. Dies – und sicher auch die Art und Weise, wie sie die Fragen stellte – gab den Überlebenden Gelegenheit, auch darüber zu berichten, was ihnen wichtig erschien, was sie interessierte. Diese Technik der Interviewführung war – wie aus den uns zur Verfügung stehenden *DEGOB*-Protokollen hervorgeht – überhaupt nicht die Regel.

Allein die Tatsache, dass das Interview mit dem positiven Erlebnis der Befreiung seinen Abschluss findet, zeugt von der außergewöhnlichen Sensibilität Bíró. Die von ihr verfassten Protokolle enden nämlich nie an diesem Punkt, sondern mit der Ankunft in Budapest. Im allgemeinen fragte sie auch nach der Art und Weise der Rückkehr nach Ungarn, nach den Umständen der Heimreise. In diesem Fall ist aber das Erlebnis der Befreiung so akzentuiert, die Selbstbeschreibung des jungen Überlebenden mit der Erwähnung als aktiv Handelnden so eindringlich, dass es der Protokollführerin wichtiger war, hier abzuschließen als die Umstände der Heimkehr mechanisch abzufragen. Natürlich kann es dafür auch andere Gründe gegeben haben, Mangel an Zeit zum Beispiel, dennoch erscheint diese Vermutung – im Lichte der sensiblen und erfolgreichen Interviewführungstechnik und der Tatsache, dass Márta Bíró in der überwiegenden Mehrheit ihrer Gespräche sehr wohl nach den Umständen der Heimkehr fragte – durchaus berechtigt.

Der Umstand, dass ein 15-jähriger Zeuge sich im Zusammenhang mit bestimmten Themen einmal öffnen und bei anderen komplett verschließen konnte – und er so etwas produzierte, was für die Holocaust-Forschung heute ein unschätzbares Dokument darstellt – ist damit ohne Zweifel auch das Verdienst der Interviewerin.

Mit dieser Studie sei auch ihr ein Denkmal gesetzt.

Rita Horváth, Historikerin, Bar-Ilan University, Beersheva
ritakatahorvath@gmail.com



Éva Kovács

Andor Bácsis Zwirnschule

Andor Bácsi wurde 1906 geboren – heuer wäre er genau 108 Jahre alt geworden. Wegen des in Ungarn geltenden Numerus Clausus für Juden musste er die Technische Universität im fernen Brünn absolvieren. Er gründete eine Familie, wurde 1939 Vater einer Tochter. Nach langem Militär-, dann Arbeitsdienst wurde er im Winter 1945 in einem Todesmarsch in das Konzentrationslager Mauthausen getrieben. Die Schreckenszeit erlebte Andor Bácsi schon als reifer Mann. Ehefrau und Tochter ausgenommen, verlor er seine ganze Familie, wurde seines ganzen Eigentums beraubt und musste nach der Befreiung sein ganzes Leben von Null weg neu beginnen – und auch so konnte er sich noch zu den Glücklichen zählen.

Im Jahr 2005, als er bereits 99 Jahre zählte, führte ich mit ihm ein ausführliches biographisches Interview. Andor Bácsi konnte unermüdlich und stundenlang erzählen, ja, er fand sogar die Zeit und Muße die verwickelten Kabel meines Aufnahmegeräts und des Mikrofons zu entwirren und mir dabei lang und breit zu erklären, wie man solche Sachen fachgemäß aufbewahren müsse.

Wir waren schon aufgestanden, hatten uns schon verabschiedet, als er auf eine kleine Zwirnschule in einer Vitrine wies: „Habe ich von einem österreichischen Bauern am Heimweg requiriert“, sagte er und lächelte verschmitzt wie ein kleiner Lausbub, als hätte man ihn gerade auf frischer Tat ertappt.

Nein, dieses Bild hinter mir ist nicht Andor Bácsis siebzig Jahre alte Zwirnschule. Als ich bei ihm war, hatte ich keine Kamera bei mir, und ich hätte es auch nie gewagt, ihn zu bitten, mir diese, seine Reliquie so einfach zu überlassen.

Aber die Spule bleibt ein fester Teil meiner Erinnerungen: Immer wenn ich die Nähmaschine, die gute, alte *Csepel* meiner Oma, öffne und braunen Zwirn suche, schließlich finde, muss ich einen Moment innehalten, um dann sofort wieder weiterzusuchen: Denn was ich da in den Händen halte, ist doch die alte Zwirnschule von Andor Bácsi ...

Éva Kovács, Soziologin, Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI)
eva.kovacs@vwi.ac.at



QUELLE:

Privatbesitz

Zwirn auf Kartonspule, 6 cm breit, Ø 50 mm



Fußnoten

Editorial

- ¹ <http://beszelo.c3.hu/onlinecikk/csak-egyetlen-forras-%E2%80%93-emlekezes-a-magyar-holokausztra>.
- ² <http://www.youtube.com/wienerwiesenthal>.

Kinga Frojimovics

Eine Akkreditierung.

Der Rechtsberater des ungarischen Konsulats in Wien, 1938–1945

- ¹ Yad Vashem Archives, JM/24849, S. 688-690; vollständiger Bestand siehe: S. 616-791. Originalstandort des Dokuments: Magyar Nemzeti Levéltár [Ungarisches Nationalarchiv], K81, 16.068/1938.
- ² Ebda., 691.
- ³ Ebda., 727-728.
- ⁴ Ebda., 724.
- ⁵ Ebda., 635.
- ⁶ Yad Vashem Archives, JM/24849, S. 1050 und 1053; vollständiger Bestand siehe: S. 1043-1103. Originalstandort des Dokuments: Magyar Nemzeti Levéltár [Ungarisches Nationalarchiv], K81, 3.280/1939.
- ⁷ Ebda., 1049.
- ⁸ Yad Vashem Archives, JM/24850, S. 2801-2874. Originalstandort des Dokuments: Magyar Nemzeti Levéltár [Ungarisches Nationalarchiv], K81, 2.615/1944.
- ⁹ Ebda., 2839.
- ¹⁰ Ebda., 2833.
- ¹¹ Ebda., 2823.
- ¹² Ebda., 2808-2809.
- ¹³ Ebda., 2803.
- ¹⁴ Yad Vashem Archives, JM/24850, S. 3560-3565. Originalstandort des Dokuments: Magyar Nemzeti Levéltár [Ungarisches Nationalarchiv], K81, 5.943/1944.